

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Betriebs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
 Adressen: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 21. Februar 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Präsidentenwechsel in Frankreich.

Paris, 19. Februar.

Mit der verfassungsmäßigen Schnelligkeit ist die Wahl des neuen Präsidenten vollzogen worden. Der gesetzliche Mechanismus verrichtete auch bei dem diesmaligen Wechsel des Oberhauptes der Republik präzise, glatte Arbeit. Das muß in der gegenwärtigen Situation zunächst hervorgehoben werden. So groß war die bange Ungewissheit, die sich aller Republikaner bemächtigte bei der plötzlichen Nachricht vom Tode Felix Faure's.

Aber auch das Ergebnis der Wahl ist — man darf sagen: wider Erwarten — so befriedigend ausgefallen, wie es unter den obwaltenden Umständen überhaupt möglich war. Nach allem, was in den letzten Wochen und Tagen im Parlament und außerhalb desselben geschehen war, mußte man endgiltig an der Ermannung der Republikaner verzweifeln. Bei der immer freier werdenden Allmacht der militärischen Diktatur und deren Klopffechter im Parlament und in der Presse lag die Gefahr einer klerikal-militaristischen Präsidentenwahl außerst nahe. Diese Gefahr ist nun abgewehrt. Der Kandidat der Schimmisten, der prätorianischen Reaktion, Meline, hat eine vernichtende Niederlage erlitten. Loubet, der Kandidat sämtlicher Republikaner und nur Republikaner, ist im ersten Wahlgang mit einer imposanten Mehrheit von 483 gegen 279 Stimmen gewählt worden. Diese Einigung der Republikaner — von den Sozialisten der Deputiertenkammer bis zu den Bourgeoisrepublikanern des Senats — hat man seit der Wahl Carnots 1887 nicht mehr gesehen. Diese beiden letzten Präsidenten, Casimir Perier und insbesondere Felix Faure, verdanken ihren Sieg über den demokratischen Kandidaten der Unterstützung der klerikal-monarchistischen.

Die dringende Gefahr hat endlich das Wunder des republikanischen Zusammenflusses zu Stande gebracht.

Die Generalsabklärer haben selber dafür gesorgt, die Wahl Loubet's zu einem bedeutsamen Sieg des republikanischen Gedankens über das Prätorianertum zu gestalten. Das be-rufenste Leiborgan des Generalstabes, das „Echo de Paris“, wurde während der zweitägigen Wahllampagne zum Organ der Kandidatur Meline's. Am Tage der Wahl ließ es seine angesehensten Mitarbeiter gegen Loubet los. O. de Beaurepaire, der erfolgreiche Verfechter der Kriminalkammer des Kassationshofes, rügte mit neuen Enthüllungen heraus: der von der Kammer gebrauchte Panamistenretter wärmte die alten Geschichten auf von der Rettungsarbeit Loubet's, des Ministerpräsidenten von 1892, zu Gunsten der Panamisten — und das in „Echo de Paris“, dessen Eigentümer und Leiter erweisefenermaßen über eine halbe Million Franken Bestechungsgelder von den Panama-Gaunern angenommen hatten!... Jules Lemaitre, der Vorsitzende der prätorianischen Liga des französischen Vaterlandes, drohte seinerseits der Rationalisierungsmission mit dem Unwillen der Liga gegen Loubet: „Wir wollen nichts von Loubet wissen, weil er, mag er es wollen oder nicht, der Kandidat der Panamisten und der Drehschneisen ist. Wir wollen nichts von ihm wissen, weil er der Kandidat des Herrn Clemenceau ist...“ Die übrigen Generalsabklärer schandigten aus Leibeshörigkeit Loubet wurde förmlich zum „Kandidaten der Teufelsinsel“ gestempelt.

Das alles hat nichts geholfen. Die Verleumdungen und Beschimpfungen haben Loubet keine einzige Stimme absperrig gemacht. Es ist freilich wahr, daß Loubet, dessen persönliche Unbescholtenheit selbst O. de Beaurepaire anerkennen muß, an seinem Theil bei der Rettung der panamistischen Säulen der Republik mitgeholfen hatte. Aber erstens gehört der Panama-Scandal ein für alle Mal der Kammer der Deputierten an. Und dann wäre es so ziemlich unmöglich, einen präsidialfähigen Republikaner zu finden, der nicht in der Panamistenrettung kompromittirt wäre. Hat nicht Meline, der englische Kandidat des Generalstabes, das Reiste getan, um nach der Verhaftung Arton's die Großpanamisten seiner Partei zu retten? Das ist die Schmach und die Strafe der herrschenden Parteien, aber kein Grund, mit dem Präsidentenstuf die Republik den Prätorianern auszuliefern.

Die erfreulichste oder vielleicht die einzig erfreuliche Seite der Wahl Loubet's liegt also darin, daß der Ansturm der Prätorianer auf die in getrübbten Zeiten entscheidende Position abgeschlagen wurde. Sie verrathen heute die Wucht des empfundenen Schloßes in von Wuth überschäumenden Beschimpfungen gegen den neuen Präsidenten. Niemand erwartet von dem ruheliebenden Loubet ein energisches Eingreifen gegen die allmächtige Jägerschilde. Ein echter und reiner Präsident der französischen Republik darf auch gar keine persönliche Politik treiben. Aber den Prätorianern genügt die Unparteilichkeit des „Schiedsrichters der Parteien“ nicht. Die Unparteilichkeit ist für sie eine Kriegserklärung, wie sie das ja soeben an der Kriminalkammer des Kassationshofes gezeigt haben. Und besonders dringend bedürfen sie eines Mitschuldigen, eines skrupellosen Helfershelfers im Elisee, wie es eben Felix Faure war. Dazu dürfte sich aber Loubet in keinem Falle hergeben.

So wenig Sicheres man über Loubet's persönliche Stellung zur Drehschneisen-Affäre weiß, so steht es doch fest, daß er eine verfassungsmäßige Neutralität beobachten wird. Zudem ist es nicht ohne Belang für seine künftige Haltung, daß er in erster Linie der Erloerene der revisionsfreundlichen Senatoren und Abgeordneten ist.

Zu allgemein-politischer Beziehung ist Loubet's Wahl ebenfalls eine Wendung zum Besseren. Er wird nicht, wie sein Vorgänger, unter einem unparteilichen äußeren Schein bei jeder Gelegenheit und insbesondere bei Ministerkrisen die Geschäfte der klerikal-bourgeoischen Reaktion zu besorgen suchen. Er wird nicht, wie Felix Faure, bei Erwählung einer Ordnungskoalition, auf die Befestigung des klerikal-monarchistischen Einflusses hinarbeiten. Schließlich ist es bei den nahezu kleindürgerlich-einfachen Lebensgewohnheiten Loubet's selbstverständlich, daß er die Republik nicht lächerlich machen wird durch krankhafte Gelüste, sich auf einen Monarchen hinauszuhebeln.

In seiner feierlichen Amtseinführung hat Loubet guttunend die Bedeutung seiner Wahl zum Ausdruck gebracht, indem er sie „vor allem“ dem Umstand zuschrieb, daß „die Vertreter des Landes wissen, daß ich stets ein Republikaner war, ein Republikaner bin und es stets sein werde“. Erfreulich ist es ferner, daß er in derselben Rede der unvermeidlichen „Armeen“ mit keiner Silbe gedachte.

Die erste Handlung des neuen Präsidenten war die Beibehaltung des Kabinetts Dupuy. Das ist in der derzeitigen parlamentarischen Lage begründet. Gutes kann freilich Loubet von diesem notwendigen Schritte nicht erwarten. Sein „persönlicher Freund“, Dupuy, ist ein gefährlich unzuverlässiger „Charakter“. Die beispiellosen Strafenaustritte beim Einzug des neuen Präsidenten in Paris wären zweifelsohne unmöglich gewesen, wenn Dupuy gewollt hätte. Er gab aber die nöthigen „strengen Befehle“, die klerikal-royalistisch-antidemokratischen Banden auseinanderzutreiben, nachdem sie ihre bestellte und meist, wie immer, bezahlte Madam-Arbeit verrichtet hatten...

Heute beruft sich die Generalsabkläre auf die unter dem offenen Schutze der Polizei veranstalteten Kundgebungen gegen Loubet als auf einen elementaren Ausbruch der Entrüstung des „Parier Volkes“. Jules Lemaitre in Person, der schönegeistige Akademiker, schöpft „einigen Rath im großen entrüsteten und edlen (généreux) Tumult“, der ihn den Redaktionsaal von der Strahe herausdringt!... Die edle Entrüstung des um einige Franken angevorbenen Janhagels (die Anwerbung wird von allen unbefangenen Zeitungen konstatiert und selbst die Polizei mußte einen auf frischer That ertappten Unwerber verhaften) giebt den Prätorianern die Hoffnung auf — die baldige Demission Loubet's. Der klerikal-monarchistische „Gaulois“ spricht diese Hoffnung ganz offen aus. Drumond schreibt einen schmähigen Schimpfartikel gegen Loubet und verlangt, deswegen vor das Schwurgericht verwiesen zu werden — immer mit der gleichen Hoffnung, die Demission des neuen Präsidenten erzwingen zu können.

Doch Loubet soll starke Nerven haben. Man wird ihn nicht so leicht wie Casimir Perier in die Flucht jagen können, zumal er der treuen Unterstützung der geeinigten Republikaner sicher ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Februar.

Der Reichstag

erledigte heute siebenundzwanzig Berichte der Wahlprüfungskommission. Lauter friedliche Berichte, die keinem Mandat den Krieg erklärten und im Hause keine Kriegsstimmung erweckten. Es ging Alles glatt nach dem Schmirchen. Nur bei einer Wahl wurde neben der Willigkeit noch eine Resolution beschlossen. Eine achtundzwanzigste Wahl (die Förster's in Sachsen, dem gegenüber unser Genosse Postel nach der amtlichen Zählung mit einem Weniger von 4 Stimmen unterlag) wurde beanstandet und Erhebungen beschlossen — jedoch auch ohne vorherige Debatte.

Eine Debatte wurde erst durch die Regierungsvorlage über die Vesperregelung und Verminderung der Eide veranlaßt, die Lex Salica, so genannt, weil der konservative Junker Salisch zuerst eine Vorlage in diesem Sinne beschwor hat. Aus dem Urheber kann man auf das Werk schließen. Der Vorred, d. h. die Eidesabnahme vor der Zeugenaussage soll möglichst durch den Raub, d. h. der Eidesabnahme nach der Zeugenaussage ersetzt werden. Das würde allerdings, da die Richter, wenn sie bemerken, daß eine Aussage unglaubwürdig, den Eid nicht sollen abnehmen lassen, einigen Meinungen vorbeugen, jedoch auch nur einigen. Denn auch jetzt schon hat der Richter das Recht der Nichtbeeidigung, wenn er einen Zeugen für unglaubwürdig hält. Und mit diesem Recht wurde zum Theil ein sehr bedenklicher Mißbrauch getrieben, indem z. B. das Zeugniß sozialdemokratischer Zeugen durch Nichtvereidigung häufig entwertet wurde. Der Eid überhaupt in seiner heutigen Form ist vom Uebel. Er muß seinen religiösen Charakter verlieren, denn er zwingt, um die Wahrheit zu ermitteln, jeden, der nicht an kirchliche Dogma glaubt, zu einer Lüge.

Das führte Genosse Herzfeld, der heute zum ersten Mal im Reichstag auftrat, sehr gut aus. Er geißelte außerdem die moralische Folter des Zeugnißzwanges, brandmarkte die Zulassung gemeiner Polizeispiegel zum Eid, zeigte die Widersinnigkeit der Eidesabnahme im Essener Meineidsprozeß u. s. w. und forderte schließlich — nach einer scharfen, vom Vizepräsidenten Frege durch eine höchst überflüssige Zwischenbemerkung unterbrochene Kritik unserer heutigen Justizverhältnisse — vom Volke gewählte Richter.

Morgen Etat, Reichsjustiz, Reichstag.

Der Justiz-Etat im Abgeordnetenhause.

Die zweite Lesung des Etats des Justizministeriums, die heute im Abgeordnetenhause ihren Anfang nahm, geht charakteristischerweise in einem äußerst jämmerlichen Tempo vor sich. Die Herren, die drei Tage ihrer kostbaren Zeit der Debatte über die Leutenoth widmen konnten, haben zur Besprechung der Mißstände in der Justiz keine Zeit übrig. Wohl wird ab und zu von einem Abgeordneten eine der vielen Fragen angeschnitten, die das Volk so lebhaft bewegen, aber von einer wirklichen Diskussion, von einer erschöpfenden Behandlung ist keine Rede, die ganze Debatte gleicht einer gemüthlichen Plauderei zwischen Regierung und Volksvertretung.

Von besonderer Wichtigkeit war die Ansicht des Justizministers über das Petitionsrecht der Beamten. Bekanntlich hat Herr Schönsiedt vor kurzen eine Verfügung erlassen, worin er den Gerichtsvollziehern verbot, gemeinsam an das Haus zu petitioniren. Auf Anfrage des Abg. Träger (fr. Sp.) erklärte der Minister nun, daß sich seine Verfügung nur gegen den agitatorischen Charakter einer bestimmten Petition richte, daß er aber weit davon entfernt sei, den Beamten ihr gesetzlich gewährleistetes Petitionsrecht zu nehmen. Allerdings dürfte ein Beamter nicht in jeder Form dies Recht ausüben, sondern er müsse dabei immer seine Beamtenstellung im Auge behalten. Mit welchem Recht Herr Schönsiedt den Beamten diese Beschränkung auferlegt, darauf blieb er natürlich die Antwort

schuldig, aus dem sehr einfachen Grunde, weil er eben gar kein Recht dazu hat.

Im Verlauf der Debatte versuchte es die Partei der Schorf-macher zur Abwechslung wieder einmal mit einem Vorstoß, der aber völlig mißglückte. Der Abgeordnete Brütt (fr.) forderte den Minister auf, alle Strafsachen gegen sozialdemokratische Agitatoren von den Ersten Staatsanwälten bearbeiten zu lassen und ferner auf Bestrafung derjenigen zu dringen, die bei der Reichstagswahl unbefugt die Wahllokale betreten. Was die Herren unter dem „unbefugten“ Betreten der Wahllokale verstehen, geht aus den Ausführungen des Abgeordneten Freiherrn v. Erffa (fr.) hervor, der die Ansicht vertrat, daß jeder Fremde, der ein Wahllokal aufsucht, sich erst beim Wahlvorsteher legitimiren muß. Die Herren scheinen den Herrschaftlichen Erlass vom Jahre 1892 nicht zu kennen, in welchem ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht ist, daß nach § 9 des Wahlgesetzes allen wahlberechtigten Deutschen ohne Rücksicht auf den Wahlbezirk, dem sie angehören, die Anwesenheit bei der Wahlhandlung gestattet ist. Der Grund, warum die Konservativen gegen diese Bestimmung Front machen, besteht natürlich nicht darin, daß sie bei dem Wahlgeldgeschäft gern ungehindert sein möchten, nein, ihre Absicht geht lediglich dahin, das allgemeine Wahlrecht zu vertheidigen, da, wie Abg. v. Erffa sich ausdrückte, auf dem Lande schon 50 Personen das Wahllokal besetzen und die Wahlhandlung auf diese Weise unmöglich machen können. Wenn die Konservativen sich als Beschützer des Wahlrechts aufspielen, dann sind sie noch gefährlicher, als wenn sie es offen bekämpfen.

Morgen wird die Berathung fortgesetzt. Dann folgt die Berathung des Etats der Finanzverwaltung, welcher die Vorforderungsvorlage enthält.

Die Ehrung des Berliner Magistrats.

Seit fast Jahresfrist befahst sich das Berliner Polizeipräsidium mit dem Problem, wie es sich zu dem Bauplan des Magistrats für den Friedhof der Märzgefallenen stellen solle. Die Weisheit des Polizeipräsidiums konnte die schwere Aufgabe nicht lösen. Es bedurfte der höheren Erleuchtung oberer und oberster Regierungsstellen. Herr von der Redde mußte Weisungen erteilen, auf daß nun endlich der Magistrat beschieden werde. Der Beschah ist der langen reiflichen Erwägungen würdig. Er lautet:

Berlin, den 15. Februar 1899.

Auf das durch den Stadtbaurath Hoffmann am 24. Mai v. J. eingereichte Gesuch um Ertheilung der Bau-Erlaubniß für den „Entwurf zum Eingang zum Friedhofe der Märzgefallenen“ erwidere ich der städtischen Baudeputation, daß die beantragte Bau-Erlaubniß verlagert werden muß. Wie aus den diesem Antrage vorhergehenden Verhandlungen der städtischen Körperschaften und aus der Art, in welcher die Ausführung geplant ist, hervorgeht, bezweckt das Bauwerk eine Ehrung der dort begrabenen „Märzgefallenen“, mithin eine politische Demonstration zur Verherrlichung der Revolution, die aus allgemeinen ordnungspolitischen Gründen nicht gestattet werden kann.

von Windheim.

Die Welt staunt ob der wunderbaren Entdeckung, welche Herr v. d. Redde und Herr v. Windheim gemacht haben. Sie haben entdeckt, daß der Berliner Magistrat „politische Demonstration zur Verherrlichung der Revolution“ betreiben! Wir haben nie geglaubt, daß den biederen Liberalen des Berliner Magistrats, diesen von Scheitel zur Sohle hochzollernischen Magistratsmitgliedern so viel Ehre zu theil werden würde. Wir hätten nimmer gedacht, daß im patriotischen Busen des Herrn Kirchner, des eifrigen Gratulanten bei Kaiserfestlichkeiten und Kaiserempfangen, ein revolutionär demonstrierendes Herz verumthet werden könnte.

Leider können wir der Ehrung, die dem Berliner Magistrat erwiesen wird, nicht zustimmen. Der Bauplan, dessen Ausführung verweigert wird, hatte so ganz und gar nichts Revolutionäres und Demonstrierendes an sich. Die Magistratsvorlage beantragte, den Friedhof in einen bei den Berliner Friedhöfen üblichen Zustand zu versetzen. Es sollte Umwehnung ausgefüllt, ein Eingangsportal mit schmiedeeisernem Thor hergerichtet, einige Ordnung auf dem Friedhofe selbst geschaffen werden. Das Ganze sollte nur 6500 Mk. kosten. Für 6500 Mk. ein demonstratives Bauwerk „zur Verherrlichung der Revolution“!

Allerdings hat das Polizeipräsidium die Ehre, welche es dem Magistrat zugebracht, nicht leicht erkaufte. Es hat sie erkaufte mit einer revolutionären Umstürzung klarer gesetzlicher Bestimmungen. Die Baupolizeiordnung giebt nicht das Recht, „aus allgemeinen ordnungspolitischen Gründen“ eine Bauführung zu untersagen. In der Baupolizeiordnung ist nichts davon gesagt, daß die Polizei Bauten verbieten darf, wenn die Motive der Erbauer ihr nicht gefallen. Befehle die Polizei dieses Recht, dann würde sie sich gewiß nicht auf diese eine Ehrung des Magistrats beschränken, dann würde sie sicherlich alle Wohnungen und Häuser der Magistratsmitglieder niedertragen lassen, all-dieweil diese Stätten den Jakobinern um Kirchner Gelegenheit geben, Demonstrationen und Revolutionsverherrlichungen in ihren Feuerköpfen auszusinnen. Dann würde aber die Baupolizei auch weiter vor zahlreichen anderen Bauten nicht still stehen dürfen, durch welche die Revolution verherrlicht wird, weit offensichtlicher verherrlicht als durch Friedhofsgitter und Portal. Die Baupolizei müßte vor allem das Denkmal König Friedrich Wilhelm IV. schleifen zu lassen, des Königs, der vor der Revolution den Hut zog, dessen historische Bedeutung einzig darin lag, daß er der Revolution seine Reverenz bot.

Der Magistrat ist nun mit uns der Meinung, daß ihm die Ehrung seitens des Polizeipräsidiums nicht zukomme, und

er hat Klage beim Bezirksauschuss erhoben, damit ihm dieser von dem unerbittlichen Lobe, das große Geschickereignis von 1848 verherrlicht haben zu wollen, befreie.

Pofadowsky als Organisationschwärmer.

Der Graf Pofadowsky, zu dessen ministerielle Thätigkeit die Ermittlung von Arbeiterterrorismus und Auswüchsen der Koalitionsfreiheit gehört, ist einer der verkommensten Staatsmänner der Neuzeit. Der wirkliche Pofadowsky nämlich, denn es giebt auch einen falschen, der den ersten kompromittirt, einen Doppelgänger, der sich in die Hände der Koalition der Arbeiter, der Arbeitergesellschaft, nagen, und hat begeistert die Vorbereitung jeder gedächlichen sozialen Entwicklung gepriesen: Koalition und Organisation.

Am Montag Vormittag, den 20. Februar, hat Graf Pofadowsky in Berlin folgende Ansprache gehalten:

Ich freue mich, unter Ihnen zu sein und Ihren Verhandlungen folgen zu können. Es ist noch nicht allzulange her, daß sich die deutschen Arbeiter zu festen Organisationen verbunden und den Weg beschritten haben, der heutzutage der einzig richtige ist zur Erreichung wirtschaftlicher Zwecke, die Vertretung in der Öffentlichkeit. Die deutsche Arbeiterschaft verdankt ihrer solidarisches Haltung unzweifelhaft schon manchen Fortschritt. Ich wünsche, die Regierung möchte in der Lage sein, in Zukunft noch manche schwebende Forderung der Arbeiterschaft zu erfüllen.

Wehe, Stumm! Nichts wird es mehr dem Kleinrentner des Industrialismus nützen, das er den Grafen Pofadowsky beschuldigen wird, ein Anhänger des kommunistischen Manifestes zu sein, das „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ in seine Diplomatensprache übersetzt zu haben. Der echte Pofadowsky geht — trotz Stumm — seinen Weg, den Weg der Kultur, den Weg der immer freier und mächtvoller sich entwickelnden Koalition und Organisation, mag sein Doppelgänger so reaktionär gesinnt sein, wie er will. Pofadowsky ist der Mann einer fruchtbarsten Zukunft.

Doch Halt! Wie wir die Ansprache noch einmal mustern, entdecken wir einen bedauerlichen Defekt. Graf Pofadowsky ist zwar ein begeisterter Freund der Koalition und Organisation, aber nicht der Arbeiter sondern der Großgrundbesitzer, der Agrarier. Von Landwirthen sprach er, wo wir Arbeiter zu lesen glaubten, von Landwirthen, wo wir Arbeiterschaft sahen, und im deutschen Landwirtschaftsrath, der Eiltversammlung der Agrarier, hat er seine Ansprache gehalten.

Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe, meint Kollege Schönstedt und Graf Pofadowsky ist ganz seiner Meinung. Die Organisation der Einen ist Zuchthausarbeit, die der Anderen verdienstlichste Thätigkeit. Wenn sich die Schwachen zusammenschließen, so ist das ein verbrecherischer „Auswuchs“ — das Ausbeutungsstadium der Starken hingegen ist ein wohlgefälliger Werk, das der Gemeinschaft nützt. Herr v. Stumm braucht nicht zu wählen.

Der ägyptische Bombenschwindel.

„Sämmtliche Angeklagte“, die an dem Mordanschlag gegen den deutschen Kaiser betheiligt gewesen sein sollten, sind nach Berichten aus Kairo freigesprochen worden. Der „Ägyptische Kurier“ vom 11. Februar schreibt darüber: Auch die Ungläublichsten müssen jetzt zugeben, daß der famose, angeblich gegen unseren Kaiser gerichtete gewiesene Bombenanschlag nichts als ein von der englisch-ägyptischen Polizei im Dienste der englischen Politik ausgehender Schwindel gewesen ist, da sämtliche unter diesem Verdachte Angeklagte vergangener Dienstzeit vom italienischen Konsulats-Gerichte freigesprochen worden sind. Was die Angelegenheit indessen besonders interessant macht, ist die Thatsache, daß gegen Mario Vazzani, jenen Menschen, der

Der zukünftige Krieg.

III.

Die ökonomische Zerrüttung.

Bei der militärischen Materie, welche die Regierungen der europäischen Staaten und die Bourgeoisie erfährt hat, vergißt man stets danach zu fragen, ob dem die modernen Kulturvölker im Stande sind, die wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen zu ertragen, die ein Krieg nach sich ziehen muß. Oder vielmehr, man vergißt nicht, aber man fürchtet zu fragen. Bloch führt in dieser Beziehung folgende charakteristische Thatsache an: „Wir hatten einige Male Gelegenheit, über diesen Gegenstand mit dem früheren französischen Marineminister Durcaug zu sprechen, einem Mann von hervorragenden Fähigkeiten. Er gestand, daß zu der Zeit, als Frankreich Kriegsminister war (1898/99) beabsichtigt wurde, eine Untersuchung der ökonomischen Verhältnisse anzustellen, die den Krieg begleiten würden, daß aber die Ausführung infolge der Opposition der militärischen Kreise unterblieb.“ — Also „militärische Kreise“, die Zerstörer, Vordränger, Heer- und Konstanten, die Kaiserbeweihe mit Staatsrecht-Geländen, widerlegte sich auch auf diesem Gebiete dem Verlangen nach Wahrheit. Bloch verliert nun eine solche Untersuchung auf eigene Faust zu führen, und diese Untersuchung bildet den gediegensten Teil seines Buches, wenn schon die bourgeoise Furcht vor dem Wille und der Dage gegen den Sozialismus und Anarchismus ihn stellenweise zu leichten Kapriolen veranlaßt.

Sehr richtig geht Bloch davon aus, daß die sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen, die ein Krieg der Zukunft in Europa zeitigen würde, sich absolut nicht nach den Erfahrungen der Vergangenheit beurteilen lassen.

Vor allem kommt in Betracht, daß in den Kriegen der letzten Zeit nur das aktive Heer beheiligt war (nur Preußen führte in den Feldzügen die Landwehr ins Feld), während in einem Kriege der Zukunft die Zahl der Reservisten und der Landwehnmänner bei weitem überwiegt.

Für das Jahr 1891 berechnet Bloch folgendes Verhältnis des stehenden Heeres zur männlichen erwachsenen Bevölkerung:

Kriegsfläche des Heeres	Männl. Bevölkerung		Prozentfuß
	im Alter von 20—50 Jahren	über 50 Jahren	
Deutschland . . .	3 600 000	9 508 000	37,8
Oesterreich . . .	2 082 000	7 883 000	27,0
Frankreich . . .	3 600 000	8 013 000	45,0
Rußland . . .	4 558 000	22 880 000	20,1

Also 37,8 pCt. der männlichen Bevölkerung würden in Deutschland, 45 pCt. in Frankreich zu den Fahnen berufen werden. Seitdem hat sich das Verhältnis noch bedeutend verschoben, weil die Kriegsstärke der Armeen bedeutend größer geworden ist. — Es ist klar, daß, wenn mehr als 1/3 der männlichen Bevölkerung plötzlich ihrem Berufe entzogen wird, dies eine fürchterliche Erschütterung der ganzen sozialen Verhältnisse mit sich führen muß. Dies desto mehr, als durch die Vernichtung der Reservisten und Landwehren Millionen von

sich zu der erbärmlichen Rolle eines falschen Denunzianten in dieser schmutzigen Geschichte hergegeben hat, die Anlage wegen wissentlicher falscher Anschuldigung erhoben worden ist, und es ist zu hoffen, daß der Prozeß, der jetzt gegen diesen Ehrenmann geführt werden wird, etwas Licht in diese in manchen Punkten noch recht dunkle Angelegenheit bringt. Die Art und Weise der Entdeckung des Komplottes, wie sie die Verhandlungen zu Tage förderten, ist folgende: Ein Tages erschien ein Araber in der Weinstube des Ago Parrini, des Hauptangeklagten, und verlangte ein Glas Wein. Nachdem er es getrunken hatte, bat er, daß man ihm eine kleine Riste, die er bei sich trug, aufheben möge, bis er zurückkäme, wozu sich Parrini auch willig bereit erklärte. Nach einer Stunde — die Riste stand noch auf dem Tische, wo sie der Araber gelassen hatte — erschienen der italienische Vizekonsul und Polizisten unter Führung des erwähnten Denunzianten, besetzten die Riste, in der sich, als man sie öffnete, in der That eine Bombe vorfand, mit Beschlag und verhafteten Parrini und später noch zwölf andere Italiener. Alle Welt war des Lobes voll über die Wachsamkeit der englisch-ägyptischen Polizei, die einen Mordanschlag verhindert und vielleicht dem deutschen Kaiserpaare das Leben gerettet habe, bis sich schließlich die Wahrheit herausstellte. Wir enthalten uns einer Kritik des Verfahrens der Polizei. Politik ist Politik, gewiß, aber das Vorrecht derartiger Schmutzigkeiten hat denn doch die englische. Wer aber die Wirkung kennen lernen möchte, die diese Angelegenheit auf die italienische Kolonie gehabt hat, der lese die hiesigen italienischen Zeitungen, und er wird einen ganzen Muthenschein von Ausdrücken begegnen, die man in einem Briefsteller für Liebende vergeblich suchen würde.

So der „Ägyptische Kurier“. Er irrt, wenn er glaubt, die englische Polizei habe das Vorrecht derartiger Schmutzigkeiten. Herr Melville, der diese „Schmutzigkeit“ in Szene gesetzt hat, treibt ein internationales Kompagniegeschäft mit französischen, russischen und deutschen Spizeln.

Will man die Welt wissen lassen, daß die Orient-Reise des deutschen Kaisers durch die internationale Spizelpolizei abgeändert worden ist? —

Deutsches Reich.

Verbrecherlicher Wirthshausbesuch. Vor einiger Zeit erregte es großes Aufsehen, daß Genosse Wille, der das Schicksal hat, dem Schwarzburg-Sonderhäuserischen Rechtsgebiete anzugehören, für drei Wochen auf einfache landräthliche Verfassung ins Gefängnis gesteckt wurde, weil er den Rathskeller wider ein Verbot betreten hatte. Jetzt erhielt Wille nun folgende neue Verfassung:

Durch die von Ihnen in Sondershausen verübte That wegen Betretens des Rathskellers dort sind 17,50 M. Kosten entstanden.

Sie gebe Ihnen hierdurch auf, diese Kosten binnen 3 Wochen bei Meldung der Zwangsvollstreckung an meine Sportelkasse abzuführen.

Gelehen, den 15. Februar 1899.

Der Fürstliche Landrath, Henniger.

Es ist begreiflich, daß Wille den Rechtszustand nicht versteht, daß er wegen eines Wirthshausbesuches erst inhaftirt wird und dann diese Schädigung seiner Erwerbsthätigkeit noch bezahlen muß. Darin bestehen aber die berühmten Rechtsgarantien. —

Hofgeschichten. Wie die „Vollz.“ einer Korrespondenz entnimmt, sollen in Dessau anonyme Briefschreiber Herren und Damen vom Hofe durch Schmähbriefe belästigen; und auch Mitglieder des Herzogshauses sollen dabei nicht verschont werden. In diesen Briefen sollen intime Vorgänge des Hofes berührt sein, von denen nur ganz Nahestehende Kenntnis haben können. Bis jetzt sei es noch nicht gelungen, den Ursprung dieser Schmähbriefe festzustellen.

In Lippe soll, wie erinnerlich, ein ähnliches Treiben herrschen, und der Berliner Fall Kroye ist auch noch nicht vergessen, und noch weniger aufgelärt.

Zufrieden mit der Regierung sind die Agrarier — wenigstens einigermassen. Im Geschäftsbericht des deutschen Landwirtschaftsrathes wird dankend anerkannt, daß auch im Jahre 1898 die Reichsregierung und die Staatsregierungen sich mit regem und thatkräftigem Eifer der Landwirtschaft gewidmet haben, und daß begründete Hoffnung vorhanden ist, daß auch auf dem Gebiete der Handelspolitik in Zukunft besser als bisher für die Landwirtschaft gesorgt werden wird.

Wenn die Agrarier zufrieden sind, dann will das schon etwas bedeuten; aber der Tenor des Berichts geht dahin: Wir können nicht umhin, zuzugeben, daß alles Mögliche gethan worden ist, um

Familien ihrer Ernährer berahdet werden. Ähnliches ist in den Kriegen der Vergangenheit niemals vorgekommen.

Aber auch ein anderer Umstand wird gar zu leicht vergessen, wenn man von der Kriegsgefahr spricht, nämlich die soziale Umwälzung, welche in dem letzten Viertel unseres Jahrhunderts vor sich gegangen ist, die Umwälzung infolge der Entwicklung des Kapitalismus. Bloch weist mit Recht darauf hin, daß ein Aderbau treibendes Land von einem Kriege viel weniger verheert wird, als ein industrielles. Den Lesern des „Vorwärts“ brauchen wir nicht erst die Fortschritte der industriellen Entwicklung ins Gedächtnis zu rufen. Wir sind heute längst über die Zeiten hinaus, da ein Land sich selbst genügen konnte; die Entwicklung der Weltwirtschaft hat die Völker abhängig von einander gemacht, sie können gar nicht mehr bestehen ohne den internationalen Waaren- und Geldverkehr. — Nun ist es klar, daß bei einem langandauernden Kriege — und wir haben gesehen, daß ein Krieg der Zukunft ein langwieriger sein würde — bei einem Kriege zur See, bei welchem die Vernichtung des Handels zum Prinzip erhoben ist, dieser Weltverkehr zerfällt werden, der ganze kunstvolle Mechanismus der Weltwirtschaft zusammenbrechen muß. Man male sich nun die Lage in Deutschland z. B. aus: Ein Drittel der männlichen Bevölkerung bei den Waffen und die Exportindustrie unbedingt lahmgelegt, was zur Folge haben muß, daß die übrig gebliebene Proletariermasse zu einem beträchtlichen Theil brotlos werden muß, dem entsetzlichen Elend ausgeliefert wird. — Aber nicht nur die Exportindustrie wird durch einen Krieg vernichtet: Bloch weist nach, wie sehr sich die Kreditwirtschaft entwickelt hat, und führt die Bank, welche infolge der auftauchenden Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich, im Jahre 1886, die Büren nicht nur dieser, sondern aller Länder ergriff, als Beispiel dafür an, was im Falle eines wirklichen ausbrechenden Krieges geschehen müßte. Da nun aber die ganze kapitalistische Waarenproduktion auf der Kreditwirtschaft basiert ist, so ist die Folge einer solchen Bank natürlich von ungeheurer Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft. Man wird auch hier Bloch zustimmen, daß in keinem der früheren Kriege ähnliche Erscheinungen sich geltend machten.

Zwar antworten darauf die Militärkommissionen, daß die Länder reichlicher geworden sind, daß die Bevölkerung Ersparnisse gemacht habe. Staatsrath Bloch, der doch gewiß kein Hegei ist, erklärte in Bezug auf Deutschland rauh heraus: „Im Allgemeinen ist der Arbeitslohn in Deutschland niedrig.“ Er schwankt zwischen 608 und 1002 M., was bei der großen Arberzahl der deutschen Arbeiterfamilie gleich bedeutend mit Armuth ist (Band IV, Seite 37). Es ist ausgeschlossen, daß bei der Arbeitslosigkeit, welche der Krieg nach sich ziehen muß, die Arbeiterbevölkerung Deutschlands irgend welche namhafte Hilfe in ihren Ersparnissen finden würde. Besonders werden die Arbeiterinnen Deutschlands jedenfalls keine Ersparnisse gemacht haben, und — heißt es dann weiter — man muß im Auge behalten, daß die Frauen bei Ansehörungen stets ein gefährliches Element bilden.“ (S. 89.) Die „Außerordnungen“, die Hungerrevolten, welche der Krieg nach sich ziehen müßte, geben nämlich dem guten Herrn Staatsrath ana be-

die Taschen zu füllen, aber wir müssen noch mehr haben! Und so heißt es im Bericht: „Wenn sich die Landwirtschaft von den Lunden aus dieser unglücklichen Zeit (gemeint ist die Zeit vor dem Ausbruch, der nach dem Bericht von 1897 an datirt. Red. d. „Vorw.“) erholen soll, so genügt dazu nicht einige bessere Jahre, sondern dazu ist ein dauernder Aufschwung der gesammten Landwirtschaft in allen ihren Zweigen erforderlich. Ein solcher Aufschwung besteht aber weder gegenwärtig, noch ist er für die nächste Zukunft zu erwarten. Daher ist es ein verhängnisvoller Irrthum, wenn aus der eingetretenen Besserung der Verhältnisse von der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung die Folgerung gezogen wird, daß nunmehr die Landwirtschaft in glänzender Lage sich befinde, daß sie eines Schuges nicht mehr bedürfe, und daß sich deshalb das Gesamtinteresse der deutschen Nation allein der Hebung der Industrie und des Handels zuwenden müsse.“

Am Schluß des Berichts heißt es: „Sie hat in den schwersten Zeiten eine zähe Ausdauer, Energie und Thatkraft an den Tag gelegt; sie wird ferner kämpfen und arbeiten, bis die Kräfte überwinden und bis durch eine bessere Handelspolitik ausreichender Schutz für ihre Arbeit gewährleistet ist.“

Wir erkennen gern an, daß die Junter große Ausdauer im Schreien, große Energie und Thatkraft in dem Verfolg ihrer Sonderinteressen an den Tag gelegt haben. Vor dieser Thatkraft sind Miquel und Hammerstein zusammengesunken, und die Regierung ist täglich und stündlich bereit, den Wünschen der Junter das Interesse aller anderen Bevölkerungsklassen zu opfern. —

17 000 Deutsche haben im Jahre 1898 den Staub von den Pantoffeln geschüttelt und haben sich im Ausland eine neue Heimath gesucht. Nach einer Forderung dem Reichstag vorgelegten Uebersicht wanderten im letztverflossenen Jahre 9574 männliche und 7599 weibliche, zusammen 17 173 Personen aus Deutschland über deutsche Häfen aus. Die meisten davon gingen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, nämlich 13 809 Deutsche, 1042 Personen gingen nach Afrika, 733 nach Brasilien, 568 nach Argentinien. Die übrigen Auswanderer wählten sich in kleineren Gruppen verschiedene andere Länder zum Ziel. Wohlgeordnet handelt es sich bei den obigen Zahlen nur um die Auswanderung Deutscher über deutsche Häfen. Erfahrungsgemäß wandert jedoch auch eine große Zahl Deutscher Jahr für Jahr über fremde Häfen aus.

Der liebe Gott und die Agrarier. Die ganze Anschauungsweise des Landwirtschaftsministers, so schreibt die „Königliche Zig.“, spiegelt in dem bemerkenswerthen Satz seiner Rede vom vorigen Freitag, daß der liebe Gott die Kinder auf das Land gelegt hat, daß sie dort ihr Unterkommen finden sollen. — Dieser Satz soll natürlich nur Anwendung finden auf die Kinder der Bauern, Juchanten und Tagelöhner, beileibe aber nicht auf die Kinder der Rittersgutsbesitzer, für deren rasche Unterbringung im Heere und im Staatsdienste mit auskömmlichen Gehältern gründlich zu sorgen der Staat die wichtigste Aufgabe hat. Wir können nur unser lebhaftes Bedauern aussprechen, daß es möglich war, solche Anschauungen in Breiten vom Ministerische aus öffentlich zu verbreiten, und daß sie die lauteste Zustimmung auf der Rechten und im Zentrum haben finden können. —

Wie die Hamburger Kleinkaufleute die Waarenhäuser bekämpfen. Während anderwärts die Mittelstandsleute Gesetze gegen die Waarenhäuser verlangen, ist man in Hamburg auf ein ganz anderes System verfallen. Von dort wird nämlich berichtet: 70 hiesige Kleinkaufleute haben eine Vereinigung zum Zwecke der Gründung eines gemeinsamen Waarenhauses geschlossen und 6 Millionen Mark dafür eingezahlt. — Ob die Kaufleute dabei auf ihre Rechnung kommen und den Waarenhäusern der eigentlichen Großhändler wirksame Konkurrenz machen können, muß man abwarten. —

Sommer-Rock und weiße Hosen. Das Amtsblatt des Reichs-Postamts enthält eine Verfügung des Staatssekretärs des Reichs-Postamts über die Dienstkleidung der Unterbeamten und der Postillon, wonach gestattet werden soll, daß den bisherigen Dienstkleidungsstücken der Unterbeamten der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung ein Sommer-Rock hinzutrete, und daß den Postillon im Sommer das Tragen von Beinleidern aus weisem Wäschezeug gestattet werde.

Das ist zwar nicht viel, aber es ist immerhin eine Reform. Und in einer Zeit, wo die Verhältnisse der Post-Unterbeamten so sehr viel zu wünschen übrig lassen, ist diese Beamtenschaft ja hinsichtlich beiseiten gemacht, daß sie dem lieben Gott und Herrn v. Pöbbeckel auch für kleine Reformen dankbar ist. —

Ein neues Thätigkeitsfeld erwählen sich die deutschen Kriegervereine. Wie die „Barmer Zeitung“ mittheilt, ergeht seitens der Deutschen Kriegervereine „Vuchandlung“ an die Vorstehenden von Kriegervereinen ein Zirkular, unterzeichnet von Dr. Hans Ratzke, worin diesen angeboten wird, gegen eine Pro-

sonders zu denken. — Und der Mann ist auch gewissenhaft genug zu sagen: „Es ist wahrscheinlich, daß die Lebensbedingungen der Arbeiter in Deutschland beständig schlechter werden.“ (S. 41.) — Wie gesagt, würde der Handel zur See den schwersten Schädigungen ausgesetzt sein im Kriegsfall. Das ist von doppelter und dreifacher Wichtigkeit, weil die Kulturstaaten Europa's (mit Ausnahme Rußlands und Oesterreichs) auf die Zufuhr von Lebensmitteln angewiesen sind. — In dieser Beziehung theilt Bloch folgende interessante Tabelle mit:

Die Zufuhr gedeckt.	im Zeitraum	
	1888—91	1894—95
In Deutschland für 89 Tage	102 Tage	
Frankreich	82	86
England	178	274
Italien	76	75

Mit anderen Worten, wird die Zufuhr ausländischen Getreides abgeschnitten, so kann Deutschland nur für 9 Monate den Bedarf aus dem Erzeugnis der einheimischen Landwirtschaft decken, während für 3 Monate ein Manko sich einstellt. — Bei einem Kriege nach zwei Fronten, mit dem unsere hochwohlwollenden Politiker am Staatsruder stets zu rechnen vorgeben, wird aber die Zufuhr abgeschnitten, denn aus Rußland kommt natürlich nichts herein, und zur See ebensovienig.

Aber nehmen wir sogar an, die Autoritäten, die Bloch hierfür ansieht, irren, nehmen wir an, es wäre möglich, Getreide nach Deutschland einzuführen, sei es aus den Vorkaufstaaten, sei es über Holland, so ist jedenfalls sicher, daß dieses Getreide ungemein theuer sein würde. Erstens wäre auf alle Fälle das Risiko bei der Seefracht infolge der Gefahr Kapereien in die Hände zu fallen, ein ungemein großes und würde auf den Preis geschlagen werden, zweitens würden die Händler in den Exportländern natürlich die Lage ausbeuten und würden den Preis bis zu schwindelhafter Höhe treiben. Bloch weist nach, daß die geringfügige Störung des Getreidehandels, welche der Krieg herbeiführte, genügt, um den Weizenpreis in England um 80 pCt. (von 40 Pence im Jahre 1892 auf 74 Pence im Jahre 1895 per Quarter) zu steigern. Dabei bedürfen Kulturstaaten wie Deutschland bekanntlich nicht nur der Getreidezufuhr, sondern auch der Zufuhr vieler anderer Artikel des täglichen Bedarfs: Fleisch, Kaffee, Rische, Petroleum u. s. w. Alle diese Artikel würden entweder ganz fehlen oder ungemein im Preise steigen.

Rechnet man also wirklich mit einem Kriege nach zwei Fronten, dann vergesse man nicht, daß die Zufuhr von Rußland ausfällt, daß die deutschen, italienischen, französischen Kreuzer und Kapereischniffe eine organisirte Jagd gegen die Transportschiffe beginnen und daher, wenn die Zufuhr überhaupt stattfindet, die Getreidepreise und die Preise vieler Bedarfsgegenstände in Deutschland um das Doppelte und Dreifache steigen, und daß bei allgemeinem Stillstande der Industrie, bei ungeheurer Arbeits- und Erwerbslosigkeit von Millionen von Arbeitern. Kurz und gut — ein europäischer Krieg bedeutet auf alle Fälle Hunger und Elend.

diskon von 10% pEt. Bücher jeglicher Art an Kameraden und sonstige zahlungsfähige Personen zu verkaufen. Also nicht nur in den Vereinstreifen, sondern überhaupt beim zahlungsfähigen Publikum will diese „Buchhandlung“ den übrigen Buchhandlungen dadurch Konkurrenz machen, daß sie Bücher zu einem Preise verkauft, den die dem Vorkaufverein deutscher Buchhändler angehörigen Firmen seltenermäßig nicht gewähren dürfen. — Daß sich die Kriegervereine sonst, wie das alle guten Patrioten thun, als Retter des Mittelstandes aufstellen, thut nichts zur Sache. Logik ist niemals eine Stärke jener Leute gewesen. —

Dresden, 20. Febr. (Fig. Ver.) An der ungeheuren Ausnützung des Personals der sächsischen Staats-Eisenbahnen scheint jetzt sogar die offizielle Vertretung der Geistlichkeit Anstoß zu nehmen. Das sächsische Landesparlament hatte an die Generaldirektion der Staatsbahnen den Wunsch gelangen lassen, daß dem Bahnpersonal wenigstens jeder zweite Sonntag dienstfrei gegeben werden solle. Die Herren Geistlichen — die ja jedenfalls den Rebenzweck verfolgen, die Arbeiter für den Kirchenbesuch zu begeistern — haben aber eben auch keinen anderen Wunsch bekommen, als die Arbeiter selbst, wenn diese ähnliche Wünsche laut werden ließen: nämlich einen direkt ablehnenden. Dabei hat man wieder die Ausrede gemacht, daß der starke Verkehr an Sonntagen eine Erfüllung dieses Wunsches auf absehbare Zeit nicht zulasse. Als ob dem nicht sehr leicht abgeholfen werden könnte, wenn das Personal entsprechend vermehrt und vernünftiger Einrichtungen getroffen werden. Doch das kostet Geld und Geldausgaben für solche Zwecke läßt das System des möglichst hohen Ueberschusseschwindens nicht zu. Da müssen alle anderen Mittel, selbst solche auf die Kirche, zurücktreten.

Nach Stummscher Manier hat der Stadtrat zu Dresden für alle Angestellten in städtischen Diensten, die unter 1200 M. Einkommen haben, den Heirathszensus eingeführt bezw. das Heirathen dieser Beamten von einer Genehmigung des Rathes abhängig gemacht. Begründet wird diese Maßregel damit, daß Leute mit so niedrigem Einkommen eine Familie nur mit größter Sorge ernähren können, und diese Sorgen auch nachtheilig auf die Arbeitskraft der Betreffenden einwirken. Dieses Zugeständniß, daß eine Familie in einer Großstadt mit 1200 M. Einkommen nicht ordentlich erhalten werden kann, hindert freilich nicht den Stadtrat nicht, den gewöhnlichen Ratharbeitern, welchen solche Heirathsvorschriften nicht gemacht werden können, Löhne von 18 M. wöchentlich anzubieten. —

Eine Staatsaktion gegen die Sozialdemokratie. Aus Straßburg i. E., 19. Februar, wird uns geschrieben:

Bei dem geschäftsführenden Ausschuss des Landeskomitees der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens, den Genossen W. Böhle, G. Hoffmann und J. Manstein hier, sowie bei dem Kontrolleur der elsass-lothringischen Parteileitung, Genossen L. Emmel in Saargemünd, fanden gestern Abend auf Requisition des ersten Staatsanwalts am Landgericht Colmar **Haussuchungen** statt. Es handelte sich darum, den Nachweis zu erbringen, daß die in den verschiedenen Parteiorten des Landes bestehenden politischen Klubs (von 20 oder weniger Mitgliedern) eine mit dem Landeskomitee zusammenhängende einheitliche Organisation ohne behördliche Genehmigung bilden. Das Verfahren, das vor 2—3 Monaten in Gebweiler durch eine Strafuntersuchung gegen den dortigen Klub „Vorwärts“ eingeleitet wurde, scheint die Behörde bis jetzt nicht befriedigt zu haben, daher wohl diese plötzliche Generalaktion, die nur bei dem Raffierer Hoffmann zu einem Ergebniss, nämlich zur Verschlagnahme der Kassenbücher und einiger anderer Papiere geführt hat. Das Vorgehen zeigt unverhüllt, daß im Land der Ausnahmegefesse unter allen politischen Parteien die Sozialdemokratie speziell noch eine Ausnahmebehandlung erfährt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der Strafkammer zu Schneidemühl der Schmiedegeselle Gluschnski aus Pirke zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. —

Chronik der Gewaltthätigkeiten. (Vergleiche zum Dresdener Justizhaus - Kurz.)

Wegen Mißhandlung eines zu Unrecht verhafteten Schriftsehers hatte sich vor der Eiferer Strafkammer, wie uns von dort berichtet wird, der **Schumann H. Lampe**, früher in Essen, jetzt in Bremen, zu verantworten. Es wurde festgestellt, daß der Würgerschüler den Schriftseher auf dem Wege zur Wache ohne

Rußland und Oesterreich, die industriell am wenigsten entwickelten Staaten, würden natürlich von einem Mangel an Lebensmitteln am wenigsten zu befürchten haben, aber Bloch weist mit Recht darauf hin, daß der russische und galizische Bauer auch in Friedenszeiten oft Hunger leidet, daß die Bevölkerung dieser Länder, da sie noch viel ärmer als diejenige der Weststaaten ist, das Elend des Krieges ebenso schwer fühlen würde.

Er fragt nun: Werden die Völker Europa's ein solches Elend ohne Murren ertragen? Er zweifelt daran. Wir auch.

Dann berechnet Bloch die täglichen Ausgaben eines Krieges, bei den heutigen Heeresmassen, wobei er als Maßstab nur die Ausgaben in den letzten europäischen Kriegen benutzte, und es ergibt sich für die Rächte des Dreibundes und des Zweibundes die nette Summe von 104 800 000 Franken täglich, wovon auf Deutschland 25 500 000 Franken entfallen. Woher nehmen und nicht stehlen? lautet die Frage. Herr Bloch meint, man wird eben stehlen, man wird Kontributionen herausgeben, die nach dem Kriege Restitutions sind, weil alle Staaten ruiniert aus dem Kriege hervorgehen.

Aber nicht nur der Krieg ruiniert die Staaten, auch der bewaffnete Friede“ befragt es gründlich. Die Leser des „Vorwärts“ dürften über die Lasten des Militarismus zur Genüge orientirt sein und wir können uns an dieser Stelle weitere Ausführungen sparen. Doch wollen wir den Passus zitieren, mit welchem das Kapitel schließt: Wenn — heißt es — die Uebermüdigkeit der Belastung und ihre Unproduktivität zum Bewußtsein der Massen kommt, welche nicht leidenschaftlos zu denken verstehen und die Mängel der sozialen Ordnung nicht begreifen können, ohne sie sofort dem bösen Willen irgend jemandes zuzuschreiben, kann dann dieses Bewußtsein nicht jene Stimmung erzeugen, welche seine in seinem Weberlicde ausdrückt:

„Das Schicksal schirmt, der Weibstahl kracht
Wir weben bei Tage, wir weben bei Nacht.
Allenthalb, wir weben dein Leidentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch.“

Die Tirade von den „urtheillosen Massen“ macht sich nicht selbst, aber es giebt doch auch denkende Menschen, welche die Schuld sofort irgend jemandem zuschreiben, z. B.: „Bei der furchtbaren Gefahr, welche beide kämpfenden Flotten mit Vernichtung bedroht, muß man sich die Frage vorlegen: Ist es ein blinder Konservatismus, oder eine andere Art des Wahnsinns, welches die maßgebenden Faktoren zur Ausgabe immer neuer und neuer Milliarden veranlaßt, welche man ganz anders benützen könnte, indem man sie dazu anwendet, die ersten Gefahren zu bannen, welche diesen Faktoren selbst und der ganzen sozialen Ordnung drohen.“ So zu lesen im Buche seiner Gegenseit des Herrn Staatsraths v. Bloch, Band III Seite 940.

Also wären wir ja wieder einig! Es ist irgend eine Art „Wahnsinn der maßgebenden Faktoren“, welcher zu immer weiteren machtmitteln und militärischen Ausgaben veranlaßt, diese „maßgebenden Faktoren“ sind aber nichts anderes als ein Werkzeu der herrschenden Bourgeoisie und seine Gegenseit hat ganz recht; die Bourgeoisie vergreift durch diesen Wahnsinn nur die Gefahr, in der sie schwebt, der Gefahr, sammt den maßgebenden Faktoren hübsch sahde bei Seite geschoben zu werden.

den geringsten Anlaß dergestalt wiederholt ins Gesicht geschlagen, daß Blut aus Nase und Mund floß. Das Gericht war der Ansicht, daß L. wegen seines festeren Zusassens bei der Verhaftung nicht straffällig sei, weil er sich im Irrthum befand, aber es hätte kein Grund zu der Mißhandlung auf dem Wege zur Wache vorgelegen. Wegen seiner Unbescholtenheit und der begreiflichen (?) Erregung bei der Affäre hätte man die Frage auf mildere Umstände bejagt. Das Urtheil lautete auf **75 Mark Geldstrafe**.

Die „**Vossische Zeitung**“ hat zwar kein armseliges Wörtlein der Kritik für das Dresdener Justizhausurtheil gefunden, dafür hat sie sich aber — nach Zantentart — über eine hochwichtige Toilettenfrage aufgeregt. Man macht uns darauf aufmerksam, sie habe es selbst gefunden, daß der Reichsanwalt seine die Unterdrückung des „Dresdener Journals“ nicht gleich gemerkt habe, das die Anklageschrift statt der Urtheilsbegründung veröffentlicht habe, und daß es erst des sozialdemokratischen Organes der sächsischen Hauptstadt bedurfte, die offiziellen Unrichtigkeiten ins Licht der Wahrheit zu rücken.

Nun, der „Vorwärts“ hat sofort bei der telegraphisch übermittelten Wiedergabe des Thatbestandes von einem offenbar unter „Bemügnung der Anklageschrift und der Urtheilsbegründung“ veröffentlichten offiziellen Artikel gesprochen und von Anfang an nicht den Glauben gehabt, daß es sich um die Mittheilung des Urtheils handle. Der Verdienst der „Sächsischen Arbeiterztg.“ bestand darin, daß sie durch den Hinweis auf die einleitenden Sätze des Artikels nachwies, daß eine Irreführung der öffentlichen Meinung beabsichtigt war. Außerdem hatte sie unsere Rathmahnung durch den Vergleich mit der Anklageschrift bestätigt. Herr Feine hatte also keinen Anlaß, den „Vorwärts“ zu korrigiren. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

In Ungarn ist der **Ministerwechsel**, der seit Monaten täglich erwartet wurde, nun endlich erfolgt. Das Kabinet Banffy ist zusammengebrochen. Der Kaiser designirte **Coloman Szell** zum Ministerpräsidenten und betraute denselben mit der Kabinetbildung. Szell nahm die Mission an und wird sich Dienstag früh nach Budapest begeben, um die voreerst sürirten Kompromißverhandlungen mit der Opposition wieder aufzunehmen.

Der neue Ministerpräsident ist 56 Jahre alt, er war von 1875 bis 1879 Finanzminister. Bisher bekleidete er den Posten eines Präsidenten der Ungarischen Kreditbank in Pest.

Unsere österreichischen Parteigenossen begleiten den Zusammenbruch des Kabinetes Banffy in der „Wiener Arbeiterztg.“ mit folgenden Worten:

„Mit dem Rücktritt Banffy's ist das einzige Hinderniß des Kompromisses zwischen Mehrheit und Opposition, der einzige Grund für die Fortdauer eines Stillsitzens beseitigt, der wichtige sachliche Beweggründe garricht hat. Aber das Rothwendige und Unausbleibliche kommt, wie das so in Oesterreich und Ungarn unumstößliche Regel zu sein scheint, zu spät; was vor drei Monaten eine glatte Erledigung der parlamentarischen Schwierigkeiten bewirkt hätte, wirkt heute als Verhängniß, das die verderblichsten Folgen für die politische Entwicklung Ungarns hervorgerufen hat. Das Vergnügen, einen politischen todtten Mann, einen Ministerpräsidenten, der im Parlament nicht mehr das Wort zu ergreifen wagen durfte, 2 Monate länger im Amt zu behalten, hat Ungarn gekostet: den Bruch der Verfassung, eine zweimonatliche Herrschaft des außergerichtlichen Zustandes, die vollständige Zerüttung der parlamentarischen Zustände und eine tiefe Erschütterung der geistlichen Grundlagen des künstlich und lose zusammengefügteten Staatswesens. Das ist wahrlich eine theure Kostenrechnung. Und vergeblich fragt man sich, wofür diese Opfer gebracht wurden. . . . Wer sich aber die Geschichte des Sturzes Badeni's ins Gedächtniß zurückruft, der wird erkennen, daß hierzulande die Staatsweisheit aus begangenen Fehlern eben nur zu lernen weiß, wie sie die zukünftigen Fehler zu begehen habe.“

Frankreich.

Nachwehen der Präsidentenwahl. Die am Sonnabend, so gab es auch am Sonntag Abend einige Spektakelauflösungen der nationalpolitischen Rademacher in den Straßen. Auf den Boulevards kam es zum Handgemein zwischen Parteigängern und Gegnern Loubet's. Mehrere Frauen wurden niedergeworfen. Allmählig gelang es der Polizei, indessen, durch energisches Eingreifen hier die Ruhe wieder herzustellen. An anderen Stellen kam es dagegen wiederum zu lärmenden Szenen, so wurden vor der „Vivre Parole“ gegen Loubet feindselige Plakate ausgehängt, während vor dem „Journal“ Freunde Jola's diesem eine Ovation darbrachten. Gegen 11 Uhr mußte vor den Bureaus der Reichsgerichtlichen Bank in der Rue La Fayette eine Ansammlung von der Polizei zerstreut werden, da die Manifestanten die Fenstergehäusen im Erdgeschos der Bank zertrümmerten.

Barthou hat den Vorsitz der Gruppe der progressivsten Republikaner niedergelegt und dies in einem Schreiben angezeigt, in welchem es heißt, er habe seine Entlassung genommen insofern von Meinungsverschiedenheiten mit seinen Kollegen und um sich bei der schweren Krisis der Republik Urtheils- und Aktionsfreiheit zu bewahren.

Dem Figaro zufolge äußerte Präsident Loubet bezüglich der feindseligen Kundgebungen gegen seine Person zu einer hervorragenden Persönlichkeit: „Ja, das Alles gleicht einer Herausforderung, ich nehme sie an. Ich habe keineswegs gemäht, unter den gegenwärtigen Umständen Präsident der Republik zu sein. Die für mich gestimmt haben, können auf mich rechnen. Sie haben manchmal von meiner Güte gesprochen, ich werde sie durch meine Widerstandskraft in Erfahrung setzen.“ Ferner äußerte Loubet zahlreichen Besuchern gegenüber, niemand habe das Recht, ihn einen Dreihäusigen oder Antidreihäusigen zu nennen, er sei mit der Mehrheit des Volkes für die auf Gerechtigkeit beruhende Wahrheit.

Paris, 20. Februar. Deputirtenkammer. Minister Dupuy bringt für das Vergräbniß des Präsidenten Faure auf Staatskosten eine Kreditvorlage von 100 000 Fr. ein. Die Dringlichkeit und sofortige Verathung werden von der Kammer votirt. Déjeante (Sg.) verlangt, daß beim Vergräbniß die Geistlichkeit völlig ausgeschlossen werde. Der Präsident Deschanel unterbricht den Redner mehrere Male und ersucht ihn, auf die trauernde Familie Rücksicht zu nehmen. Der Unterantrag Déjeante wurde schließlich mit 444 gegen 68 Stimmen abgelehnt und die Kreditvorlage mit 463 gegen 42 Stimmen angenommen. —

Spanien.

Das **Nationalkomitee der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei** hat folgenden unterzeichneten Aufruf erlassen:

Da die konstitutionellen Garantien wieder hergestellt sind und wir darauf rechnen, daß der Kriegszustand, der in einigen Landes- theilen bereits aufgehoben ist, nun bald im ganzen Lande aufgehoben werden wird, so hat das Komitee in Erfüllung des fast einmüthigen Verlangens der spanischen Sozialisten beschlossen, daß im Mai in Madrid der fünfte Kongreß der sozialistischen Arbeiterpartei stattfinden wird.

Den Tag, an welchem er zusammentreten soll, werden wir gelegentlich näher bekannt geben.

Zum Zwecke der Festsetzung der Tagesordnung richten wir an alle Vereinigungen, welche Vorschläge zu machen wünschen, das Ersuchen, uns diese im Laufe des Monats März einzusenden.“ —

Madrid, 19. Februar. Der Ministerrath nahm den Entwurf betreffend die Abtretung der Philippinen an. — Die Debatte über alle den Friedensschluß berührenden Vorlagen wird zuerst im Senat stattfinden. —

Griechenland.

Wahlen in Ortheienland. Die Wahlen zur Deputirtenkammer haben am Sonntag ohne Zwischenfall stattgefunden. In Regierungs-

kreisen wird berichtet, daß die Regierungskandidaten gute Erfolge gehabt haben. Die Delmannisten haben eine Niederlage erlitten und werden in der neuen Kammer wahrscheinlich nicht mehr als 90 Sitze erhalten. Delmann wurde in Gortyna als einziger der dort aufgestellten delmannistischen Kandidaten gewählt. In Athen, wo Dragumis und drei andere Trikupisten sowie Jaimis, Regris und voraussichtlich auch Kall gewählt sind, fiel die ganze delmannistische Liste mit Emolenski durch. —

Rußland.

Die **Sekte der Dschoborzen**, welche wegen ihres Glaubens seitens der Robedonoszew'schen Organe fanatisch verfolgt und hingerichtet worden ist, betreibt mit ungebeugter Energie die Auswanderung nach Kanada. Sechs Dörfer sind bereits leer und zwei weitere dürften in kürzester Zeit ebenfalls vollständig verlassen werden. Uebrigens bereitet der russischen Regierung die Frage, wie diese leerstehenden Ortschaften am schnellsten wieder von russischen Bauern besiedelt werden könnten. Denn es besteht die Gefahr, daß Armenier und Griechen sich an diesem fruchtbaren Landstrich festsetzen werden, was angesichts der Nähe der türkischen Grenze den russischen Leitenden durchaus nicht wünschenswerth erscheint. Nun ist die Frage nicht so leicht zu lösen, denn die in der nächstgelegenen Stadt Kars wohnhaften Gitter-schlächter haben die günstige Konjunktur benutzt und das lebende und todtte Inventar zu billigen Preisen angekauft. Sie würden es selbstverständlich, da die Nachfrage groß ist, nur zu theuren Preisen verkaufen. Angesichts der Schwierigkeit dieser Lage wird in den benachbarten Gouvernements die Bestelung jener Ortschaften durch russische Bauern lebhaft erörtert, ohne daß man aber bisher sich zu einem festen Plan entschlossen hat. —

Asien.

Russen und Chinesen haben im Reiche der Mitte einen blutigen Zusammenstoß gehabt. Wie aus Peking gemeldet wird, fand bei Tsalenwan zwischen Russen und Chinesen ein Gefecht statt, wobei 100 Chinesen getödtet worden sein sollen. Man glaubt, daß der Zusammenstoß auf die Steuerfrage zurückzuführen sei. Sollte es sich etwa um eine neue „Pachtung“ handeln? —

Die **Amerikaner** scheinen trotz der großen Siege, die sie über die Philippinen errungen haben, doch noch weit davon entfernt zu sein, das Inselgebiet in der Gewalt zu haben. Ehe dieses erreicht wird, dürfte es noch viel Opfer an Menschenleben kosten. Am Freitag haben, wie General Otis der Regierung in Washington mittheilt, neuerdings Schammäkel an der Pumpstation stattgefunden, bei denen acht Amerikaner, einschließlich 2 Offiziere, verwundet worden sind. In Regierungskreisen nimmt man auf Grund der Berichte über solche Zusammenstöße an, daß Otis sich gezwungen sieht, energisch zur Offensive überzugehen, damit die Truppen eine Stellung gewinnen, welche sie während der Regenzeit behaupten können.

Die Tagalen denken nicht daran, sich den Amerikanern zu ergeben. Der Präsident Aguinaldo erließ eine Proklamation, in welcher er die Amerikaner beschuldigt, die Philippinen in verächtlicher Weise angegriffen, ihre Ortschaften ohne Grund bombardirt, friedliche Bürger gefangen gesetzt und es auf Ausrottung der philippinischen Rasse abgesehen zu haben. Diefelbe werde aber den Kampf bis aufs Messer fortsetzen und sich bei den Großmächten beschweren. —

Beamtenbefolgungen in Preußen.

Die Denkschrift betr. Dienstleistungs-Verbesserungen für Unterbeamte und einzelne Kategorien von mittleren Beamten, die im Abgeordnetenhaus zur Verathung steht, soll, wie der Finanzminister in seiner Etatsrede ausführte, den Abschluß der 1890 begonnenen Gehaltsaufbesserungen bilden; die Beamten sollen alle Hoffnungen auf weitere Gehaltsaufbesserung fahren lassen und sich klar machen, daß nun auf absehbare Zeit alles Drängen, alles Arbeiten in der Presse, hoffentlich auch das Massenpetitioniren an den Landtag, vorüber sei und keinen Erfolg mehr haben könne.“ Die „vielsach höchst bedenklichen Organe“ der Vereine der Unterbeamten, die mitunter geradezu geeignet erscheinen, die Disziplin zu untergraben“, werden nach Ansicht des Herrn v. Miquel nunmehr davon überzeugt sein, daß für die Unterbeamten in Preußen weit mehr geschieht, als für höhere Beamte.

Vergleichen wir mit diesen hochtönenben Regierungsbroschen die nackte Wahrheit und sehen wir zu, ob die Lage der Unterbeamten des preussischen Staates wirklich eine so beneidenswerthe ist!

Die Aufbesserung der Beamtengehälter nahm im Jahre 1890 ihren Anfang. Es wurden damals für Unterbeamte und einzelne Kategorien von mittleren Beamten 12 1/2 Millionen bereit gestellt; hierzu kamen in der folgenden Session 400 000 M. zur Aufbesserung der Gehälter der Rangleibeamten. Im Jahre 1897/98 bewilligte der Landtag jedoch 20 1/2 Millionen für Gehaltsaufbesserungen für mittlere und höhere Beamte. Die Unterbeamten gingen leer aus, obwohl die Regierung selbst zugeben mußte, daß einzelne Kategorien von Unterbeamten einen Anspruch auf weitere Berücksichtigung haben. Im Allgemeinen aber liegen, wie Miquel in der Budgetkommission sich äußerte, die Gehälter der Unterbeamten für absehbare Zeit als ausreichend zu erachten, da es sich hier um Personen handle, welche nur mechanische Dienstleistungen zu verrichten hätten, wozu sie keiner Vorbildung bedürften.

Ganz abgesehen von der in diesen Worten zum Ausdruck kommenden geringen Verwerthung der Dienste der Unterbeamten, trifft es auch sachlich nicht zu, daß die Gehälter für absehbare Zeit als ausreichend zu erachten sind. Der klüglicste Junge dafür ist der Finanzminister selbst, denn wer die Miquel'sche Drauferei nicht kennt, der weiß, daß er nicht aus eigenem Triebe sich zur Einbringung der Befolgungsvorlage entschlossen hat, sondern weil die Verhältnisse ihn dazu drängten. Die zahlreichen Petitionen von Unterbeamten, mit denen das Abgeordnetenhaus seit Jahren förmlich überschwemmt wird, sind keine künstliche Machie, sie sind der Nothschrei einer Beamtenklasse, die ihre wirtschaftlich unhaltbare Lage um so schwerer empfinden, als sie politisch so gut wie machtlos sind, da ihnen die hauptsächlichste Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lage, die Möglichkeit, sich mit ihren unterdrückten Genossen zu koaliren, genommen ist.

Und noch ein anderes Moment kommt hinzu, das die Regierung zur Einbringung der Vorlage veranlaßt hat, nämlich politische Erwägungen. Schon lange sieht die Regierung, daß es mit dem Kadavergehorsam der Beamten zu Ende geht. Die Erkenntniß, daß von oben herab ihre Lage nicht wesentlich aufgebessert werden kann, bricht sich immer mehr und mehr Bahn in den Reihen der Unterbeamten. Bei den Wahlen zeigen sie sich nicht als das Stimmvieh, das sich auf Befehl ihrer Vorgesetzten an die Urne führen läßt und den ihnen in die Hand gedrückten Zettel blindlings hineinwirft, in Vereinen besprechen sie ihre Lage, in Fachorganen schlagen sie einen der Regierung nicht genehmen Ton an, kurz, sie beginnen sich als freie Menschen zu fühlen, die ihrer eigenen Meinung Ausdruck geben, und das will die Regierung um jeden Preis verhindern. Sie will ein gefügiges Beamtenheer, das neben der Armeedee das Bollwerk gegen den Umsturz bilden soll. Aus diesem Grunde wird den Unterbeamten jetzt wieder eine Aufbesserung zu theil, nicht gerade viel, aber nach Ansicht der Regierung doch genug, um die Beamten zufriedener zu machen, zumal da Herr von Miquel mit bekannter Verehrsamkeit den Unterbeamten nachweisen wird, daß es ihnen eigentlich viel zu gut geht. Den Anfang mit dieser Verehrung hat er ja im Plenum und in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bereits gemacht.

Aber die Thatfachen strafen den Finanzminister Lügen, und sie sprechen eine berebere Sprache, als selbst Johannes v. Miquel.

Die Gehaltsaufbesserung vollzieht sich theils in Form von Erhöhung der Gehälter, theils in Form von Abkürzung der Fristen für die Erreichung des Höchstgehalts, theils durch abgedehntere Gewährung von Stellenzulagen. Von einer Erhöhung der Befolgungen derjenigen Beamten, welche schon jetzt ein Höchstgehalt von 1800 M. oder darüber beziehen, ist von vornherein abgesehen worden, da, wie es in der Begründung heißt, ihr Gehalt bei Einzurechnung des Wohnungsgeldzuschusses ausreichend bemessen

er. Die jetzige Gehaltsklasse 1200 bis 1600 M. soll durchweg auf 1200 bis 1800 M. erhöht werden, mit Ausnahme der Schumann-Wachmeister bei der Polizeiverwaltung in den Provinzen, deren Gehälter im Interesse der Gleichstellung mit den gleichen Beamten in Berlin auf 1500 bis 1800 M. erhöht werden. Die Beamten der bisherigen Gehaltsklassen 1100 bis 1500 M. — meist Beamte des Exekutiv- und Aufendienstes — erfahren im Allgemeinen eine Aufbesserung auf 1200 bis 1600 M., einige von ihnen, besonders Förster, eine solche auf 1200 bis 1800 M.

In seiner schönsten Blüte zeigt sich der beschränkt fiskalische Standpunkt des Finanzministers den Fahrkarten-Ausgeberinnen der Eisenbahn-Verwaltung gegenüber, die bisher, ebenso wie die männlichen Beamten desselben Dienstzweiges, ein Gehalt von 1100—1500 M. bezogen haben. Diese weiblichen Beamten erfahren nicht nur keine Gehaltsaufbesserung, sondern sogar eine Gehaltsverschlechterung. Herr v. Miquel vertritt nämlich die Meinung, daß es unbedeutend sei, die weibliche Arbeit ebenso zu entlohnen wie die männliche. Es entspricht dies der gleichen, sachlich auch berechtigten (?) Ordnung, wie sie gegenwärtig schon bei dem Gefängnis-Aufsichtspersonal besteht. Eine Differenzierung der Gehälter der Fahrkarten-Ausgeber und Ausgeberinnen erscheint um so mehr geboten, als der Grundsatz, die weiblichen Beamten geringer zu besolden, als die gleiche Funktionen ausübenden Männer, auch auf den Gebieten der nicht-staatlichen Verwaltung, z. B. bei den Lehrern und Lehrerinnen, Anwendung findet. Fürwahr eßt Miquel (sic!) Statt in denjenigen Zweigen, wo weibliche und männliche Beamte, die denselben Dienst versehen, ungleich gestellt sind, die Gehälter der weiblichen Beamten zu erhöhen, setzt er sie einfach da, wo sie sich bisher auf derselben Höhe bewegten, herab. Dieses Miquel'sche „Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit“ hat zur Folge, daß vom 1. April 1899 ab die neu angestellten Fahrkarten-Ausgeberinnen nicht mehr 1100—1500, sondern nur noch 900—1400 M. Gehalt beziehen. Wie bitter mag es der Württemberger empfinden, daß er nicht im Stande ist, den bereits vor dem 1. April 1899 angestellten Beamtinnen ebenfalls ihr Gehalt zu kürzen!

Weitere Gehaltsaufbesserungen betreffen die Klasse 1000 bis 1500 M. Von diesen sollen die Maschinenwärter bei den elektrischen Beleuchtungsanlagen der Eisenbahnverwaltung mit Rücksicht auf die besondere technische Vorbildung, die von ihnen verlangt wird, in Zukunft 1200 bis 1800 M., einige im Exekutiv- bzw. Aufendienst tätige Beamte 1200 bis 1600 M. erhalten, die übrigen werden nicht aufgebessert. Ebenso werden aus der Gehaltsklasse 900 bis 1500 M. nur einzelne, der überwiegenden Mehrzahl nach ebenfalls im Auf- bzw. Exekutivdienst tätige Beamtencategorien berücksichtigt. In diese Klasse gehört u. a. das Gefängnis-Aufsichtspersonal der Justizverwaltung und der Verwaltung des Innern, Beamte, deren traurige Lage in letzter Zeit in zahlreichen Prozessen wegen Verschwendung u. dgl. zu Tage getreten ist, und deren Dienstleistungen im Vergleich zu den damit verbundenen Anstrengungen und Gefahren recht mangelhaft entlohnt werden. Trotzdem sollen auch sie bei der Gehaltsaufbesserung übergangen werden. Herr Miquel mag wohl selbst das Gefühl haben, daß diesen Beamten bitteres Unrecht geschieht, denn sonst würde er kaum Veranlassung nehmen, seine ablehnende Haltung des Innern und breiten zu begründen. Wieder sind es echt Miquel'sche Gründe, Gründe, die im Wesentlichen dahin zusammenzufassen sind, daß, wenn die Gefängnisbeamten aufgebessert werden, auch die ihnen seitlich im Gehalt gleichstehenden Gerichtsdiener eine Aufbesserung erfahren müßten. Zur Aufbesserung der Gehälter der letzteren liegt aber kein Grund vor, also hat auch die Aufbesserung des Gefängnis-Aufsichtspersonals zu unterbleiben.

Ferner sollen noch aufgebessert werden die Gehaltsklassen 900 bis 1300 M. auf 900—1500 M., die Klasse 800—1200 M. auf 900 bis 1200 M. mit Ausnahme der Wagenwärter und Weichensteller bei der Eisenbahnverwaltung, für welche mit Rücksicht auf die besondere Schwierigkeit und Verantwortlichkeit ihres Dienstes Gehaltsätze von 900 bis 1400 M. vorgesehen sind, ebenso wie für dieselben Beamtencategorien bei der Reichseisenbahnverwaltung. Die jetzige Klasse 700 bis 900 M. wird — einem Vorgehen bei der Reichsverwaltung entsprechend, wo auf Anregung des Reichstags die Landbriefträger die gleiche Erhöhung erfahren haben — auf 700—1000 M. aufgebessert.

Abgesehen von dieser Gehaltserhöhung soll in einigen Fällen die Aufsteigerfrist für die Erreichung des Höchstgehalts verkürzt werden, ohne daß die Gehälter selbst eine Aufbesserung erfahren. Der einzige Vorteil für die Beamten besteht also darin, daß sie einige Jahre früher als bisher zum Bezug des Höchstgehalts berechtigt sind. Eine Ausnahme machen nur die Schumann-Wachmeister in den Provinzen, die neben der oben mitgetheilten Erhöhung ihres Gehaltes eine Verkürzung der Frist für die Erreichung des Höchstgehaltes von 15 auf 12 Jahre erfahren. Andererseits ist für einige der aufzubessernden Beamtencategorien die Frist verlängert worden, so daß der ihnen aus der Gehaltserhöhung erwachsende Vorteil sehr zweifelhafter Natur ist. Die unteren Werkbeamten zweiter Klasse der Bergverwaltung sollen eine Gehaltsaufbesserung von 900—1300 auf 900—1500 M. erfahren, aber Hand in Hand damit geht eine Verlängerung der Frist zur Erreichung dieses Höchstgehaltes von 15 auf 21 Jahre. Für die jetzt mit 700—900 M., künftig mit 900 bis 1500 M. dotierten Förster bei der Justizverwaltung wird die Frist von 12 auf 18 Jahre verlängert.

Im Ganzen sind ausgeworfen für die Gehaltsaufbesserung der unteren Beamten 8 525 210 M. Dazu kommen 1 300 870 M. für einzelne Kategorien mittlerer Beamten und 2 500 000 M. zur Erhöhung des Stellenzulage-Fonds für Unterbeamte. Diese Stellenzulagen werden nicht nur als Entgelt für den mit den betreffenden Stellen verbundenen besonders schwierigen, verantwortungsvollen oder gefährlichen Dienst gewährt, sondern auch als Zehnerzulage für besonders ungünstige örtliche Verhältnisse. Der Höchstbetrag der einem Unterbeamten zu gewährenden Zulage soll bei allen Verwaltungen 200 M. betragen, auch dann, wenn einem Beamten sowohl wegen Zehnerzulage, als auch wegen schwierigen Dienstes Zulagen gewährt werden. Von einer besonderen Feststellung des Kreises der als Zehner anzuerkennenden Orte oder Bezirke ist abgesehen, die Bestimmung darüber ist vielmehr den einzelnen Verwaltungen überlassen. Außerdem haben aber selbst an den als Zehner bestimmten Orten nicht einmal alle Beamte ein Anrecht auf die Zehnerzulagen, so daß man sich, wie der Staatsredner der Reichstagen bei der ersten Lesung ausführte, der Befürchtung nicht erwehren kann, daß solche Zulagen Prämien werden auf die Streberei einerseits und andererseits ein Anreiz für die Beamten zu Reiz und Mißgunst gegenüber den Bedachten.

Jedenfalls ist das, was die Regierung den Beamten durch den neuen Befoldungsplan gewährt, nur eine ganz geringe Abschlagszahlung. Auch jetzt bleiben noch untere Beamte unbedeutend, die wohl einen berechtigten Anspruch auf Gehaltserhöhung haben. Es ist ein schmerzlicher Trost für diese Beamten, wenn sie dem Rathe des Finanzministers folgend ihre Lage mit der ihrer Eltern vergleichen. Gewiß, rein zahlenmäßig betrachtet, ist ihr Einkommen gestiegen, es ist aber nicht in demselben Verhältnis gestiegen, wie die allgemeine Lebenshaltung, und das ist es doch, worauf es in erster Linie ankommt.

Wie wenig ausreichend die Gehaltserhöhungen sind, zeigen die Petitionen, die jetzt wieder in großer Menge an das Haus gelangen, allerdings ohne Aussicht auf Erfolg. Miquel hat die Parole ausgegeben, daß an seiner Vorlage nichts geändert werden darf, und das Haus wird der Unterbeamten wegen keinen Konflikt mit der Regierung heraufbeschwören, um so weniger, als die Neuwahlen noch in weiter Ferne liegen. Würde es sich um hohe Staatsbeamte, um Staatssekretäre oder Landräthe handeln, dann würde die Mehrheit des Hauses mit aller Energie für Gehaltsaufbesserungen in weitem Umfang eintreten, für die Unterbeamten aber haben die Junker und Junkerengenossen, die in der Landratskammer das große Wort führen, bisher niemals Interesse an den Tag gelegt, und sie werden auch jetzt nichts thun, um die berechtigten Ansprüche der diesmal leer ausgegangenen Unterbeamten zu vertreten.

Im Reichstage wird am bevorstehenden Mittwoch, 22. d. M., wieder Schwereinstag abgehalten werden. Auf der Tagesordnung wird u. a. stehen der Antrag Liebermann von Sonnenberg, betreffend das Schächtverbot der Thiere.

Ein Verbot der Errichtung von Schaukästen in Waarenhäusern verlangt eine vom geschäftsführenden Ausschusse des 25 000 Mitglieder zählenden Deutschen Gastwirths-Verbandes an den Reichstag gerichtete Eingabe.

In Lubwitsch starb am Schlage der frühere national-liberale Reichstags-Abgeordnete Dr. Karl Clemm im Alter von fast 63 Jahren. — Er gehörte von 1887 bis 1898 dem Reichstage an.

Partei-Nachrichten.

Für Parteizwecke gingen aus Zwickau i. S. ein: Alfred 2.—, Theodor Großen 3.—, Brand 4.70, Ansläufer 14.—, August C. 33.24, Arbeiter W. 3. 224.89, Papierliste Zwickau 4.25, A. S. Schedewitz 50.—, Ablösung Neujahrs-Gratulation Vödemmeister Marienthal 2.—, Lehr 16.12, Schedewitz 8.25, Köhler 7.10, Wogelöhner 8.—, Reinsdorf 3.45, Feiner Dadd 14.23, Seger- und Druckerpersonal S. B. 21.40. Summa M. 416.63.

Der in Zürich domicilire Landesauschuss der deutschen Sozialisten in der Schweiz hat nach dem soeben für das Jahr 1898 veröffentlichten Tätigkeitsbericht sehr fleißig gearbeitet, namentlich für die Abhaltung der Märzfeier in möglichst vielen Orten, für die kräftige Förderung der deutschen Reichstags-Wahlen und für Abhaltung von Agitationsversammlungen. 28 Sektionen mit 2503 Mitgliedern haben dem Landesauschuss Berichte eingekandt. Danach fanden 89 öffentliche Versammlungen statt; für 31 derselben hatte der Landesauschuss die Referenten bestellt und bezahlt. Ferner wurden 260 Diskussionsstunden abgehalten. Die Bibliotheken zählen zusammen 8208 Bände, wovon 5589 ausgeliehen wurden. Schriften wurden für 5300,80 Fr. verkauft. Die Einnahmen des Landes-Ausschusses betragen inkl. eines Salbos von 728 Fr. 1430,15 Fr., die Ausgaben 673,60 Fr., der Kassenbestand beziffert sich somit auf 756,55 Fr. An den Märzfeiern wurden insgesamt 823,40 Fr. zur Unterstützung politischer Flüchtlinge gesammelt und hierfür 385,95 Fr. ausgegeben, somit Defizit 15,55 Fr. Für Unterstützung der deutschen Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen wurden 3187,65 Fr. gesammelt. Dazu kamen noch 663,60 Fr. Einnahmen in Basel und 27,50 Fr. in Schaffhausen. Unsere deutschen Genossen in der Schweiz entfallen demnach eine recht rege und erfruchtliche Thätigkeit.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

In der unverschämtesten Weise gingen der Kolporteur Pluta in Lipine, indem er die Behauptung aufgestellt hatte, er sei vom dortigen Amtssekretär Müller in dessen Bureau mit einem Stode blutig geschlagen worden. Verschiedene Redakteure sozialdemokratischer Blätter und auch der Korrespondent Genosse Dr. Winter in Königsbrunn wurden auf Antrag des Amtssekretärs wegen Verleumdung bestraft. Genosse Hub, Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“, hatte die betreffende Notiz auch zum Ausdruck gebracht. Als er erfuhr, daß Pluta gelogen, brachte er in seinem Blatt freiwillig eine Richtigstellung. Er wurde trotzdem angeklagt und von der Bochumer Strafkammer zu 150 M. verurtheilt. Gleichzeitig kam der Urheber der Verleumdung selbst zur Aburtheilung; er erhielt sechs Monate Gefängnis.

Die Kritik des Dresdener Urtheils hat dem Redakteur des „Nächsten Volksblatts“, Genossen Franzen, eine Anklage eingetragen. Er soll durch einen Artikel verschiedene Bevölkerungsklassen gegen einander aufgereizt haben.

Die erste Anklage hat jetzt das neue reichsländische Partei-Organ, die seit dem 1. Dezember täglich erscheinende „Freie Presse“ erhalten. Die Anklage stützt sich auf den Abdruck einer Kolmarer Korrespondenz, in der gewisse eigenartige Jagdsteuern einiger Soldaten des dortigen Jägerbataillons einer scharfen Kritik unterzogen waren. Das gesamte Offizierkorps des erwähnten Truppentheils, sowie der kommandirende General des 15. Armeekorps hat Strafantrag wegen „Verleumdung“ gestellt.

Die Ehre eines Amtsblatts-Redakteurs. Unter dieser Epithete berichteten wir in unserer Sonntagsnummer von der Verurtheilung des Redakteurs Trognitz vom „Sächs. Volksblatt“ in Plauen zu 3 Monaten Gefängnis wegen Verleumdung des Redakteurs des dortigen Amtsblattes. Diese Nachricht war uns aus Zwickau zugegangen; jetzt wird uns von demselben Korrespondenten mitgetheilt, daß ein Irrthum vorgelegen habe; der Prozeß habe mit einem Vergleich geendet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Bädermeister der Zunung fühlen sich veranlaßt, über ihre Verhandlungen mit den Gesellen folgendes zur öffentlichen Kenntniß zu geben:

„Daß die Verhandlungen nicht zu einer gütlichen Beilegung geführt haben, bedauern wir tief. Doch nicht die Bädereigenen, als solche, sondern die Sozialdemokratie will Kraftproben zeigen, und wird auch hier einen Nietenlampp vom Ranne brechen, zu dem jede Veranlassung fehlte. Der Verdienst und die Gesamtarbeitsverhältnisse der Bädereigenen geben ihnen nicht die geringste Veranlassung dazu. Bezüglich des Ausstandes kam das große Publikum wegen einer Vermothung unberührt sein. Der Bädereigenbetrieb bürgt dafür, daß Brot nie fehlen wird. Hinsichtlich des Boykotts appellieren wir an das Gerechtigkeitsgefühl der wohlgesinnten Berliner Bevölkerung.“

Der den Verhandlungen gefolgt ist, wird nicht umhin können, diese Aeußerung des tiefen Bedauerns etwas komisch zu finden. Die Verhandlungen endeten damit, daß die Herren Bädermeister den Gesellen absolut gar nichts bewilligten, denn die Gewährung einer freien Nacht an den drei Hauptfesttagen im Jahre ist als ein Zugeständniß nicht zu betrachten, weil eine derartige Vergünstigung in den meisten Bädereien schon eingeführt ist. Die Ablehnung eines paritätischen Arbeitsnachweises geschah ganz unmotiviert und ebenso mangelmangeln mußte es die Bädereigenen berühren, daß jede Lohnforderung zurückgewiesen und ihr Verlangen, die Schlafhöhlen in den Bädereibetrieben aufzugeben, strikte abgelehnt wurde. Die Frage, es handele sich um eine Kraftprobe der Sozialdemokratie, mag Gläubige in den Kreisen fanatischer Arbeiterfeinde finden; uns dünkt die ganze Verhandlung ein frevelhaftes Spiel, das sich die Herren von der Junst mit ihren Arbeitern erlauben.

Der Ausstand der Teppichweber bei der Firma Benjamin u. Co. in Berlin ist nach zweitägiger Dauer beendet. Der entlassene Arbeiter, wegen dessen die Differenzen entstanden, wurde wieder eingestellt.

Deutsches Reich.

Die Hamburger Schauerleute haben nach Mittheilung des Wolff'schen Telegraphenbureaus am Sonntag in einer zahlreich besuchten Versammlung mit 582 gegen 269 Stimmen beschloffen, den Arbeitsnachweis der Unternehmer anzuerkennen.

In der Möbelfabrik von Henmann in Hamburg befinden sich die Wildhauer im Streik. Unsere in voriger Nummer erschlouene Notiz ließ die Vermuthung zu, daß ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen. Wir bitten deshalb die Verichtigung zu beachten.

Die Tapezire in Dielefeld beabsichtigen, in eine Lohnbewegung einzutreten und bemühen sich bereits einige Dielefelder Prinzipale, in Berlin Gehilfen anzuwerben. Es werden deshalb die Tapezire gebeten, nach Dielefeld keine Arbeit anzunehmen.

Zum Kleber Formerkreiß. Der Streik der Stahlformer der Schiffsverfertiger „Gewaltswerte“ in Kiel stellt sich auf Grund der Forderungen der Streikenden, als der Widerstand gegen eine Verschlechterung ihrer bisherigen Arbeitsbedingungen dar. Die Streikenden verlangen: 1. Weibehaltung der früher gezahlten Löhne — bei

gleicher Leistung der Arbeiter — und Weibehaltung des bisherigen Arbeitsverhältnisses, 2. Bessere Behandlung der Arbeiter durch den Betriebsleiter, 3. Einstellung sämtlicher Ausländer.

Seit dem 1. Jan. d. J. hat ein früherer Ingenieur Starke von den Döhlener Stahlwerken bei Dresden das Regiment. Derselbe versuchte den Arbeitern Stüddafford aufzudrängen, dem widerlegten sich die Arbeiter. Der Verdienst wurde pro Stunde um 1—12 Pf. geringer, die Behandlung immer unwürdiger. Und als ein Arbeiter wegen seines Eintretens für bessere Verhältnisse gemahregelt wurde, steigerte sich der Konflikt zum Ausstand. Die Zahl der Streikenden beträgt 35, die Sonnabend für 3 Kernmacher, die sich gewiegert hatten, Streikbrecherdienste zu leisten, von der Firma entlassen wurden. — Der Zugug von Formern ist streng fernzuhalten.

In der Schuhfabrik von Schütz in Burg sind die Differenzen durch Vermittelung des Vorsitzenden der Agitationskommission deutscher Schuhmacher zur Zufriedenheit der Arbeiter und des Unternehmers beigelegt worden.

In dem Staffelfahrad-Werk in Rölln haben die Dreher die Arbeit wieder aufgenommen und ist damit der Ausstand als erledigt zu betrachten.

In der Spinneret und Weberei der Aktiengesellschaft in Erdmannsdorf befinden sich 200 Weber im Ausstand. Die Differenzen entstanden durch die Entlassung einiger Arbeiter, die dem Textilarbeiter-Verband angehören. Gegen diese Maßregelung wehrten sich die Arbeiter, weil man befürchtete, daß diese Entlassungen eine Lohnreduktion folgen würde. Wie uns ein Privattelegramm meldet, bewachte am Montag eine Anzahl Weidarmen die Eingänge zur Fabrik. Die Arbeiter, die fast alle organisiert sind, verhalten sich musterhaft. In der Nacht ist ein in der Fabrik zurückgebliebener Arbeiter durch Einathmen von Gas erstickt. Die armen Weber des Riesengebirges bitten, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen. Gelder sind an Karl Egner, Jüllenthal, Alte Tirolerschule, zu senden.

Aus dem Zwickauer Bergrevier. Aus Oberhöndorf bei Zwickau werden vom Schabersbach Lohndreherentlohnungen berichtet. Der Bedingelohn für einen Hund Kohlen wurde von 1 M. auf 70 und 80 Pf. herabgesetzt.

Die Stuttgarter Straßenbahn-Gesellschaft hat durch einiges Entgegenkommen größere Differenzen vermieden. Die Direktion gab einer von den Arbeitern gewählten Kommission den Bescheid, daß wegen Zugehörigkeit zur Organisation niemand entlassen werden soll und auch die bisherigen Entlassungen nicht darauf zurückzuführen sind. Außerdem wurde den Angestellten die Wahl eines Arbeiterausschusses zugesichert. Die Verammlung der Angestellten hat sich mit diesem Bescheid zufrieden gegeben, obwohl sie der Meinung war, daß die entlassenen Kollegen gemahregelt sind.

Ausland.

Den Achtstundentag hat der Kohlengräber-Verband der Vereinigten Staaten von Amerika jetzt endlich durchgesetzt. Das ist eine bedeutende Errungenschaft für die Achtstunden-Bewegung im ganzen Lande. Die Vergleute in den Weichlohlen-Regionen, für welche diese Abmachung gilt, zählen wohl an 250 000 Köpfe; ein so großer Zuwachs zu den Achtstunden-Arbeitern ist bis jetzt noch nicht dagewesen — selbst damals nicht, als die Bundesregierung den Achtstundentag für ihre Angestellten einführte. Die Vergleute selbst tragen die Kosten dieser Reform. Denn die Löhne wurden vorläufig nicht erhöht; wenn die Arbeiter nicht im Stande sind, in acht Stunden — sie arbeiten befalls in Accord — so viel zu verdienen, wie bisher in 9 oder 10 Stunden, so müssen sie den Verlust selbst tragen.

Unternehmer-Verbände.

Das Petroleum-Monopol unternahm gegen die Detaillisten in Manhattan eine Manipulation, die berechtigtes Aufsehen erregte. Die Gesellschaft hatte seiner Zeit den Detaillisten Behälter für Petroleum aufgestellt, die ferner auch im Besitz der Gesellschaft blieben, also den Händlern nur leihweise überlassen waren. Jetzt hatte man die Absicht, das Einlaßloche dieser Behälter zu verschließen, jedoch nur die Gesellschaft, die den Schlüssel im Besitz hatte, das von ihr bezogene Petroleum einfallen konnte. Dieser Zumuthung sind aber die Händler sehr energisch entgegengetreten, und ist vorläufig die Ausführung des Vorhabens vereitelt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 20. Februar. (W. Z. B.) Wie die „Zeitschrift für die allgemeine Textilindustrie“ aus Manchester meldet, wurde in einer heute stattgehabten Versammlung der Spinneret-Arbeiter beschloffen, in einen allgemeinen Ausstand zu treten, dessen Beginn auf den 25. März festgelegt wurde.

Wien, 21. Februar. (W. Z. B.) Die „Neue Freie Presse“ meldet, Koloman Ezzel habe den Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts unter der Voraussetzung angenommen, daß es ihm gelingen werde, das Kompromiß mit der Opposition zu Stande zu bringen. Erst wenn dies geschehen sei, werde die Ernennung Ezzel's zum Ministerpräsidenten auch formell vollzogen werden. Sollte das Kompromiß nicht gelingen, dann werde Ezzel den Auftrag in die Hände des Kaisers zurücklegen. Nach der heute aus Budapest eingetroffenen Meldung sei jedoch die Opposition entschloffen, die Mission Ezzel's zu fördern und die Kabinettsbildung in kürzester Zeit zu ermöglichen.

Paris, 20. Februar. (W. Z. B.) Die Bureaus der vier republikanischen Gruppen des Senats traten heute Nachmittag in gemeinsamer Sitzung zusammen und beschloffen, an die Regierung eine Anfrage über die Rundgebungen am Sonnabend und über die Maßregeln zu richten, welche sie zu treffen gedenkt, um die Ordnung in den Straßen aufrecht zu erhalten und die Achtung vor den bestehenden Gesetzen zu gewährleisten. — Die Kommission des Senats zur Verathung der Regierungsvorlage, betr. das Revisionsverfahren ernannte Düssel zum Berichterstatter. Der Bericht desselben, welcher empfiehlt, die Regierungsvorlage anzunehmen, wird voraussichtlich morgen eingebracht werden.

Paris, 20. Februar. (W. Z. B.) Etwa 500 bei den städtischen Abfuhrwerken beschäftigte Erdarbeiter haben wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt. Die Ausständigen werden sich heute Abend in der Arbeitsbörse versammeln.

Paris, 20. Februar. (W. Z. B.) Das von den Berzten Bergeron, Lammouque, Potain, Chemlot und Humbert unterzeichnete und von dem General Vailland gegengezeichnete Protokoll über das Ableben des Präsidenten Faure stellt fest, daß der Tod infolge einer mit einer Lähmung des Gesichtes und der Gliedmaßen der linken Seite verbundenen Gehirn-Hämorrhagie eingetreten ist.

London, 20. Februar. (W. Z. B.) Unterhaus. Parlamentsuntersekretär Drodick theilte mit, die belgische Regierung habe eine Einladung zur Konferenz über den Handel mit Spirituosen an der westafrikanischen Küste erlassen mit dem Wunsche, daß die Konferenz bald zusammentrete; ein Datum sei jedoch nicht festgelegt. Alsdann bestätigte Drodick, daß die Leiche des Mahdi auf Anordnung Ritzener's aus dem Grabe genommen und in den Nil geworfen worden sei. William Redmond kündigt an, er werde gegen die Bewilligung der Jahresrente für Ritzener wegen Entfesselung der Gebelbe des Mahdi stimmen.

Rom, 20. Februar. (W. Z. B.) Wie die „Italia“ berichtet, sei Holland entschloffen, den Papst zur Abrüstungs-Konferenz einzuladen, Italien werde dagegen protestiren.

Athen, 20. Februar. (W. Z. B.) Athen wurde in Athen definitiv gewählt; alle Delphanten wurden hier geschlagen. Die delphantische Partei wird in der Kammer nur eine unbedeutende Minorität bilden.

Kanea, 20. Februar. (W. Z. B.) Die National-Versammlung wurde heute vom Prinzen Georg eröffnet, welcher den neuen Entwurf der kritischen Verfassung der Versammlung zur Genehmigung unterbreitet.

Reichstag.

87. Sitzung. Montag, 20. Februar 1899, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: Rieberding, Dr. Schulz. Auf der Tagesordnung stehen zunächst mündliche Berichte der Wahlprüfungs-Kommission.

Entsprechend den Beschlüssen der Kommission werden zunächst für gültig erklärt die Wahlen der Abg. Ved. Wichach (3.), 3. Oberbayern. Fahlke (fr. Sp.), 8. Frankfurt. Galler (natl.), 2. Baden. Big (natl.), 5. Wetzlar. von Grand-Roh (3.), 6. Koblenz. Dr. Hahn (natl.), 10. Hannover. Herrmann (3.), 9. Königsberg. Hofmann - Dillenburg (natl.), 6. Wiesbaden. Jacobson (Hosp. d. fr. Volksp.), 8. Schleswig-Holstein. Schmidt - Wackerleben (Soz.), 7. Magdeburg. Schrader (fr. Sp.), 2. Frankfurt. Dr. Weichenhagen (3.), 2. Schwaben. Weigel v. Rudersbach (L.), 8. Königsberg. Wilsperger (3.), 4. Oberpfalz. Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst (natl.), 10. Elb-Lothringen. Holz (Sp.), 5. Marienwerder. Graf v. Ranitz (L.), 2. Gumbinnen. Reitner (natl.), 10. Württemberg. v. Mantuffel (L.), 3. Stettin. Müller-Gulba (3.), 1. Wiesbaden. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.), 1. Sachsen-Meinungen. Münch-Ferber (natl.), 1. Oberfranken. Pierson (H.), 14. Elb-Lothringen. Dr. Endemann (natl.), 2. Kassel. Dr. Hoff (Sp.), 11. Elb-Lothringen. Lenzmann (fr. Sp.), 3. Arnberg.

Zur Wahl des Abg. Sasse (Soz.) 10. Breslau, beantragt die Kommission

- 1. Die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl aufzuheben. 2. den Herrn Reichsanwalt unter Ueberhebung der Wahlakten und des Protokolls zu ersuchen, Beweis erheben zu lassen darüber, ob bei der am 24. Juni 1898 stattgehabten engeren Wahl im Wahlbezirk Conradsthal des Kreises Waldenburg in Schlesien vorübergehend und zu welcher Zeit nur drei Mitglieder des Wahlvorstandes anwesend gewesen sind, und ob einer von diesen drei Mitgliedern der Beisitzer Schirmer gewesen ist; ob Schirmer zur Zeit der Wahl Bahnmeister der preussischen Eisenbahn und als solcher unmittelbarer Staatsbeamter gewesen ist, durch eidliche Vernehmung der Mitglieder des Wahlvorstandes: Wieder, Kaufe, Rothe, Schirmer, Springer, Strauß, alle zu Conradsthal.

Das Haus beschließt dem Antrage der Kommission gemäß. Die Entscheidung über die Wahl des Abg. Förster (konf., 2. sächs. Wahlkreis) wird ausgesetzt und eine Erhebung über den Bericht des Wahlprotokolls beschlossen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Änderungen der Zivil-Prozess-Ordnung und der Straf-Prozess-Ordnung, sowie die Verlesung falscher uneidlicher Aussagen. (Lex Salisch.)

Abg. Rintelen (3.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an die Justizkommission.

Abg. v. Salisch (L.) hätte lieber eine en bloc Annahme des Gesetzes gewünscht; aber da das Zentrum nun einmal den Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission gestellt hat, so will er dem Antrage nicht widersprechen.

Abg. Wassermann (natl.) kann für die Vorlage ein Bedürfnis nicht anerkennen; zu bedauern sei es vor allem, daß die erst im Vorjahre angenommene Zivil-Prozess-Ordnung schon wieder geändert werden solle. Auch über die Frage des Rauchs gingen die Ansichten der Juristen auseinander. Eine große Verminderung der Weineide werde durch den Rauchscheid nicht bewirkt werden; die Zahl werde vielleicht von 100 auf 99 zurückgehen. (Heiterkeit.) Die Wirkung des Vor- oder Rauchscheides ist ganz verschieden, je nach dem Temperament des Berechtigten. Ein lebhafter Zeuge, der leicht viel redet, wird oft nachher gar nicht mehr wissen, was er gesagt hat. Für schädlich halte ich den Rauchscheid im Allgemeinen gerade nicht, aber als eine besondere Reform kann ich ihn nicht ansehen. Auch die Regierung hält ihn wohl nicht für eine solche, sonst hätte sie diese Forderung seiner Zeit in die Zivilprozess-Ordnung aufgenommen. Ebenso wenig verpöchte ich mir von der Einführung der Massenvereidigung. Die Hauptfrage bleibt, daß der Richter es für seine Pflicht hält, den einzelnen Zeugen auf die Wichtigkeit des Altes der Eidesleistung hinzuweisen.

Die Strafbestimmung gegen uneidliche falsche Aussagen ist eine notwendige Folge der Einführung des Rauchscheides.

Die ganze Vorlage hat vor allem das Schlimme, daß sie die Einführung der früheren Reform: der Verlesung in Zivilprozess-sachen verzögert. Und schon aus diesem Grunde ist ihre Einbringung bedauerlich. Mit der Ueberweisung an die Kommission erkläre ich mich einverstanden. (Beifall.)

Staatssekretär Rieberding:

Für das Einbringen der Vorlage waren drei Gesichtspunkte maßgebend: 1. die Annäherung an die Militärstrafprozess-Ordnung, die in ihrer jetzigen einseitigen Regelung den Rauchscheid enthält, Allerdings ist die Einführung der Verlesung eine ungleich wichtigere Reform. Aber hier handelte es sich darum, den Widerspruch, den das Gefühl des Volkes bei der verschiedenen Behandlung des Eides empfindet, zu beseitigen. 2. hätte die Regierung den Entwurf nicht eingebracht, so wäre er aus der Mitte des Hauses immer wieder eingebracht worden. Und eine beständige Diskussion über diese Materie beeinträchtigt die Vorstellung von der Heiligkeit des Eides. 3. Es mußte dem Wunsche des Reichstages Rechnung getragen werden, der in seiner großen Mehrheit bereits in seiner vorigen Session sich für den Rauchscheid entschieden hatte. Ich hoffe, daß der Reichstag sich in kürzester Frist über diese Vorlage schlüssig wird machen können, da er in seiner überwältigenden Mehrheit ohnehin auf ihrem Boden steht.

Abg. Kirck (3.):

Von den drei Gesichtspunkten des Herrn Staatssekretärs interessierte mich vor allem, daß die Regierung sich bemüht gefühlt hat, einem allgemeinen Wunsche des Reichstages Rechnung zu tragen. Hoffentlich befolgt sie von jetzt ab stets diese Praxis und entscheidet sich z. B. auch für die Aufhebung des Jesuitengesetzes, für die Einführung der Diäten u. s. w.

Zur Sache selbst will ich bemerken, daß das religiöse Moment beim Voreid ungleich mehr zu Geltung kommt als beim Rauchscheid.

Abg. Müller-Schaumburg (fr. Sp.):

Die Vorlage hat an das Bestreben angelehnt, die Zahl der Weineide zu verringern. Es ist anzuerkennen, daß der Rauchscheid in vielen Fällen den Zeugen vor der Ablegung eines falschen Eides bewahren wird. Meine Freunde stehen also der Vorlage sympathisch gegenüber. Zur schnelleren Erledigung der Sache wäre es aber gut, wenn die Vorlage einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen werden würde. Leider vermiße ich in der Vorlage die Erfüllung eines schon lange gehegten Wunsches: die Vereinfachung des Zeugniszwanges für die Presse. Der Medaille, der eine ihm aus dem Reichkreise oder sonst von befreundeter Seite gemachte vertrauliche Mitteilung bei Gelegenheit eines Strafverfahrens preisgibt, gilt mit Recht als unehrenhafter Mensch. Das Gesetz darf einen ehrenhaften Menschen nicht zu einer unehrenhaften Handlung zwingen. Es werden ja immer schöne Reden gehalten über die Bedeutung der Presse als Kulturmittel für's Volk. Wenn aber das Wohlwollen für die Presse einmal praktisch bethätigt werden soll, verlagern viele dieser Redner ihre Mißbille: Ich hoffe, daß sich in der Kommission eine Mehrheit für die Vereinfachung des Zeugniszwanges für die Presse finden wird. (Beifall links.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.):

Auch wir sind für die Ueberweisung der Vorlage an die sechste Kommission. Die Vorlage stellt in der Begründung die Heiligkeit des Eides in den Vordergrund. Wir sind der Meinung, daß diese Vorlage nur

ein Mittel sein kann, im gerichtlichen Verfahren die Wahrheit zu fördern. Bei diesem Charakter der Vorlage ist es nicht zu verwundern, daß sie nicht den Versuch macht, die Kirchlichkeit des Eides abzuschaffen. Bei Beginn des 20. Jahrhunderts soll die Vorlage in Kraft treten. Ich meine, da wäre es in der That Zeit gewesen, auch in dieser Beziehung zu reformieren. Seit Beginn der 70er Jahre hat jeder Staatsbürger die gesetzliche Befugnis, seiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Und wie viele giebt es, besonders innerhalb der bürgerlichen Parteien, die äußerlich zwar noch einer Religionsgemeinschaft angehören, innerlich aber nicht mehr an einen persönlichen Gott glauben. Da wäre es an der Zeit, den Eid zu dem zu machen, was er sein soll: ein rein staatliches Mittel zur Beförderung der Wahrheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir erkennen die Eidespflicht als eine der höchsten Pflichten des Staatsbürgers an, um den Staat, in seiner Aufgabe, dem Bürger Recht zu schaffen, zu unterstützen. Wir erkennen es überhaupt als eine der höchsten Aufgaben des Einzelnen gegen die Gemeinschaft an, die Wahrheit zu sagen. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Unsere Partei zählt über 2 Millionen Anhänger; das ist auch ein Beweis für die Nothwendigkeit, dem Eide seinen kirchlichen Charakter zu nehmen.

Einen Fall will ich Ihnen anführen, um zu illustriren, wie es mit der Heiligkeit des Eides in der bürgerlichen Gesellschaft steht: Ein Soldat, der vor Gericht vernommen wird, wird vom Vorsitzenden gefragt, ob er Sozialdemokrat sei. Er sagt der Wahrheit gemäß aus und bekennet, daß er in Zivil allerdings Sozialdemokrat sei. Was geschieht? Als er in sein Militärverhältnis zurückkehrt, wird er vor Gericht gestellt, weil er die Wahrheit gesagt hat, weil er zugegeben hat, daß er Sozialdemokrat sei. (Hört! hört! hört!) Es folgt daraus, daß es nicht erlaubt sein darf, vor Gericht nach der politischen Ueberzeugung eines Menschen zu fragen. (Sehr wahr! links.) daß eine Bestimmung in die Vorlage aufgenommen werden muß, durch die dem Richter diese Frage ein für alle Mal unterzagt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist selbstverständlich, daß wir dieser Vorlage insofern, als sie dem Gedanken Ausdruck giebt, daß der Zeuge nach seiner Vereidigung vereidigt werden soll, beistimmen. Ich halte es für etwas Natürliches, Selbstverständliches, daß ein Mann nicht die feierliche Vereidigung abgibt, die Wahrheit zu sagen, bevor er weiß, worüber er vernommen werden wird, und bevor ihm des Näheren auseinandergesetzt worden ist, worüber er sich äußern soll. Ich stehe in der That auf dem Standpunkte, daß es zur Förderung der Wahrheit viel mehr beitragen würde, als der Herr Abg. Wassermann zugegeben hat, wenn wir den Rauchscheid an Stelle des Voreides haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen das Menschenmaterial nehmen, wie es ist, und wer von den Herren in der Praxis steht, mußte das ohne Weiteres zugeben. Die Zeugen im Strafprozess sind doch meistens Leute, die wenig Bildung haben, die nicht daran gewöhnt sind, über Thatsachen scharf und genau auszusagen. Ein Mann kommt vor Gericht mit dem besten Willen, die Wahrheit zu sagen. Ich meine, wenn das ein Mann ist, der, wie man sagt, noch nicht mit allen Waffen gewaschen ist, den das ungewöhnliche Auftreten vor Gericht schon in Unruhe versetzt (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man ihm nun sofort sagt: Jetzt schweure feierlich, daß du die reine Wahrheit sagen wirst, so kann man den Mann nur noch mehr verwirren.

Was das gleichzeitige Verweiden einer ganzen Menge von Zeugen betrifft, so liegt für uns die einzige Bedeutung darin, daß das Gericht dadurch mehr Zeit zur gründlichen Behandlung gewinnt. Heute wird oft ein Drittel der Zeit damit verbracht, die Zeugen zu vereidigen.

Doch das sind ja alles Kleinigkeiten. Wir müssen aber die Gelegenheit benutzen, um tiefer in die Prozessordnung einzudringen. Ich meine, daß zunächst der Eid im Vorverfahren abgeändert werden müßte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Fälle vorkommen können, wo das Gericht den Zeugen nicht vereidigt, weil seine Aussage offenbar unwahr oder unehrlich ist, so ist das im Vorverfahren noch viel eher möglich, wo die Kontrolle der Partei, des Verteidigers und der anderen Zeugenansagen fehlen. Im Vorverfahren hat der Zeuge nicht die Schuttmittel, die er im Hauptverfahren hat, um die Wahrheit zu sagen, selbst wenn er sie sagen will. Wenn wir also im Hauptverfahren den Voreid abschaffen, müssen wir im Vorverfahren doppelt und dreifach den Eid abschaffen.

Ferner müssen wir dafür sorgen, daß die Zeugen bei ihren Aussagen durch niemanden verwirrt werden. Es kommt sehr häufig vor, daß der Staatsanwalt die Zeugen in Unruhe versetzt. Wer hat nicht schon einen Prozess erlebt, in dem politische oder soziale Gegenstände auf einander stoßen? Wer hat es nicht erlebt, daß in solchen Fällen der Staatsanwalt denjenigen Zeugen, die etwas ansagen, was ihrer Ueberzeugung nach nicht das Richtige ist, mit der Verhaftung gedroht hätte, wenn sie nicht dies oder das zurdächmen. Es ist deshalb nothwendig, daß der Staatsanwalt der Disziplin des Gerichtshofes untersteht. Denn kann der Staatsanwalt in dieser Beziehung nicht eingedämmt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun giebt es im Verfahren viele Zeugen, die häufig in die Lage kommen, die Wahrheit nicht so auszusagen, wie es der Fall sein sollte: das sind diejenigen, die im Zivil- oder Strafprozess vernommen werden, die aber unter Militärgerichtsbarkeit stehen.

Dabei ist es nicht erlebt, daß in einer Verhandlung ganze Kompagnien von Soldaten, einer nach dem andern, beschworen haben, eine Verhandlung sei nicht vorgekommen, und wenn die Sache noch einmal verhandelt wurde, haben dann dieselben Leute, wenn sie vom Militär entlassen waren, ohne Weiteres das Gegenteil zugegeben. Woher kam das? Sie sträubten sich eben vor ihren Vorgesetzten oder wollten das Kollegialitätsgefühl nicht verletzen, und vor allem waren sie sicher, daß im Militärverfahren nichts gegen sie unternommen würde. Also jeder Zeuge, der im Zivilverfahren Zeugnis ablegt, muß bezüglich des Weineidverfahrens unter der Gerichtsbarkeit dieses Gerichtshofes stehen. Ebenso liegt es mit den Gendarmen, die auch der Militär-Gerichtsbarkeit unterstellt sind. Es wird niemand behaupten wollen, daß ein Gendarm noch niemals eine unwahre Aussage vor dem Zivilgericht gemacht hätte. Auch die Beamten der politischen Polizei stehen häufig der Erforschung der Wahrheit entgegen. Diese Beamten bringen, wie bekannt, oft sehr schwerwiegende Behauptungen vor und, gefragt, ob sie ihre Aussagen beschwören wollen, erklären sie, darüber keine Auskunft geben zu können, weil sich auf die betreffende Sache ihre Pflicht der Verschwiegenheit beziehe. Ich erinnere Sie an den Prozess Koschmann. Dieser Mann wäre sicher nie von den Schwurgerichte verurtheilt, wenn nicht Beamte der politischen Polizei als Zeugen die wunderbaren Dinge erzählt hätten. Sie konnten aber nicht gezwungen werden, die Quelle ihrer Behauptungen anzugeben. Welches diese Quellen sind, ist Ihnen ja bekannt. Es sind die Leute, von denen der Volkspresident von Berlin in einem Prozesse gegen Stadthagen zugegeben hat, daß unter ihnen zahlreiche mit Justizhofs bestrafte Subjekte sind. Auch diesen Beamten darf es nicht mehr erlaubt sein, Zeugnis zu leisten, wenn sie nicht unter Eid ihre Zeugen nennen wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter muß der Kreis der Personen erweitert werden, die Dinge, welche sie in einem vertraulichen, beruflichen Verhältnis erfahren haben, nicht unter Eid auszusagen brauchen. Man darf keinen Zeugen in Zwiespalt bringen zwischen seiner Ehrenpflicht als Bürger und seiner Zeugenpflicht, die Wahrheit zu sagen. Dazu gehören die Medizinte, Drucker, Verleger, die über die Auctorität eines Artikels in ihrer Zeitung gefragt werden. Es wäre bürgerlich ehrlos, wenn diese Leute den Verfasser angeben, und ich meine, was bürgerlich ehrlos ist, sollte das Gesetz nicht erzwingen wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Dahin gehören auch die Personen, die etwas bekunden müssen, was ihnen selbst oder einem ihrer Angehörigen zur großen Unchre gereichen würde. Man

denke an den Fall, daß ein Mann mit einer verheirateten Frau in geschlechtlichem Verkehr gelebt hat und nun gefragt wird, ob die Thatsache richtig ist oder nicht. Ist nicht diese Frage direkt ein Mittel, den Weineid zu befördern?

Der Entwurf stellt ja nun einige neue Klassen von Personen auf, welche in Zukunft nicht mehr vereidigt werden sollen. Erstens solche, deren Aussagen nach übereinstimmender Ansicht des Gerichts offenbar unwichtig sind; weiter solche, deren Aussagen nach Ansicht des Gerichts und der Parteien unehrlich sind; endlich solche, deren Aussagen vom Gericht und den Parteien für wahr gehalten werden. Die letzte Bestimmung ist mir sehr sympathisch, die erste dagegen durchaus nicht. Darauf komme ich noch zurück, und will vorher noch auf einen anderen Grundsatze, der in Verbindung damit steht, eingehen. Es sollen Personen, die in nicht vereideten Aussagen die Unwahrheit gesagt haben, wenn mildernde Umstände vorliegen, nur mit Geldstrafen bestraft werden, im anderen Falle mit höchstens sechs Monaten Gefängnis, nebenher freilich mit Geldstrafen bis zu 1000 Mark. Darin spricht sich die Erkenntnis aus, daß die Eides-Gesetzgebung, wie wir sie jetzt haben, große Schäden hat. Freilich soll diese Bestrafung nur eintreten, wenn die feierliche Vereidigung der Wahrheit durch den Eid nicht stattgefunden hat. Aber der Grund, weshalb der Eid nicht geschworen wurde, war doch nur, daß die Thatsachen allseitig für unwahr resp. für unehrlich gehalten wurden. Die Personen selbst waren vollständig wissend, den Eid zu leisten. Ich folgere hieraus, daß auch unsere Eides-Gesetzgebung in Bezug auf diejenigen Aussagen, die feierlich beschworen sind, dahin reformirt werden muß, daß bei unehrlichen Dingen, die auf den Prozess gar keinen Einfluß gehabt haben, nicht auf Justizhofs, sondern auf Geldstrafen erkannt wird. Ich erinnere an den Offener Weineid-Prozess. Dort sind 7 Personen insgesammt zu 19 Jahren 6 Monaten Justizhofs verurtheilt worden. Es handelte sich indeß nur darum, ob einer der Angeklagten von dem Gendarm Winter angefaßt oder gefaßt worden war, also um eine vollständig unehrliche Sache, insbesondere unehrlich für den Prozess, in dem sie beschworen war. Wegen einer solchen Lappalie sind Familien ruiniert worden! Derartige Fälle sollten doch zu denken geben. Wir sollten also die Eidesgesetzgebung auch in Bezug auf die Ehrlichkeit der Aussagen ummodellern.

Nehmen Sie den Fall, es hat in irgend einem Verleumdungsprozess irgend jemand die Unwahrheit gesagt, es handelt sich darum, ob Einer den Andern einen Esel genannt hat. Also der Mann, der da etwas Unwahres beschworen würde, würde gerade so gut bestraft, wie ein Mann, der etwas Unwahres gesagt hat, um einen Andern zur Verurteilung zur Todesstrafe zu bringen.

Ebenso liegt der Fall im Zivilverfahren: jemand leistet einen Offenbarungseid, giebt an, daß er fünf Tausendthaler hat, und er hat sechs Tausendthaler; dafür kann er dann zu Justizhofs verurtheilt werden.

Der Entwurf stellt ferner den Grundsatze auf, daß für unwahr gelten soll, was das Gericht einstimmig für unwahr hält. Die Einstimmigkeit des Gerichts ist heutzutage leicht zu erreichen: Unfreie Richter gehören ja einer einzigen Klasse an, die Bourgeoisie drückt die Wünsche aller Richter. Die Bourgeoisie hat ja ihren allergrößten politischen Erfolg gerade darin erlangt, daß sie die Justiz vollständig in ihre Hände bekommen hat. Es ist, wo immer Klassen-gegenstände wirtschaftlicher oder politischer Natur einander entgegenstehen, eine Wichtigkeit für das Gericht, einstimmig zu sein, in der Annahme, daß eine Sache unwahr sei, denn manche Richter haben zum großen Theil keine Kenntnis von den Bestrebungen, von den Zielen, von den Gefühlen der nichtbesitzenden Klasse, sie sind einseitig erzogen und aufgewachsen in denjenigen Begriffen, die in ihrer Klasse herrschen, sie können nicht erkennen, daß die Arbeiterklasse auch eine gleichwertige ist, daß die Arbeiterklasse auch eine Klasse mit bestimmtem Ehrgefühl und mit bestimmten Ehrbegriffen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident von Frege (unterbrechend):

Ich muß die Art und Weise, wie der Herr Redner über den deutschen Richterstand spricht, für parlamentarisch nicht zulässig erklären. (Große Bewegung. Abg. Anrick: Ungehört!!! Beifall rechts.)

Abg. Herzfeld (fortfahrend):

Wir wissen nicht, wie das Rad der Zeit sich dreht, und wie wir wissen nicht, wer im nächsten Jahrhundert der Reichsfeind sein wird. Wir haben daher alle Veranlassung, dahin zu wirken, daß diese Bestimmung, wonach die Einstimmigkeit des Gerichts die Unwahrscheinlichkeit der Zeugenaussage feststellt, nicht Gesetz wird. Dagegen habe ich nichts, daß die Unwahrscheinlichkeit als festgestellt gilt, wenn alle Parteien, auch der Angeklagte und dessen Verteidiger, darüber einig sind, daß die Aussage unwichtig ist. Aber dem Gericht allein darf die Entscheidung darüber nicht überlassen werden.

Der Entwurf geht noch weiter und bezieht diese Maßregel auch auf die Schwurgerichte. Das ist eine indirekte Herabdrückung der Schwurgerichte. Nimmt man noch hinzu, daß es in den Händen des Gerichts liegt, eine Zeugenaussage für unehrlich zu erklären, oder anzugeben, daß sie als unehrlich erklärt wird, so wird dadurch das Urtheil über die Beweisannahme aus den Händen der Geschworenen in die Hände des Gerichts gelegt. Wer wollte leugnen, daß die Geschworenen durch die Erklärung des Gerichts, diese Aussage ist unwahr, diese Aussage ist unehrlich, nicht beeinflusst werden? Wir sind keine Bewunderer des heutigen Schwurgerichts, das von Angehörigen der Bourgeoisie, der Unternehmerklasse in den meisten Fällen gebildet wird. Trotzdem wollen wir uns das Schwurgericht erhalten, weil wir in ihm die Keime zu einem wirklichen Volksgerecht erblicken.

Die Vorlage will die Erforschung der Wahrheit fördern. Durch Gesetze können wir dazu nur das Kleinste thun. Geben Sie dem Volke eine bessere Schule, geben Sie ihm das Koalitionsrecht, heben Sie die Befindordnung auf, geben Sie bessere Löhne, sorgen Sie für bessere Behandlung (Rufe rechts: Zur Sache!), damit das Volk auf eine höhere Kulturstufe gelangt, dann wird das Volk auch eine höhere Sittlichkeit erreichen, weniger Weineide werden geschworen und die Wahrheit mehr gefördert werden wie bisher. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Beifall rechts.)

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Sp.):

Wenn man die Rede des Abg. Herzfeld hört, so muß man es sehr erfreulich finden, daß Sozialdemokraten noch keine Richter sind. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr Vorredner wollte die kirchliche Fassung der Eidesformel überhaupt abschaffen. Wer für die höchsten Güter der Nation kämpft, wird anderer Meinung darin sein. Selbst unter den Sozialdemokraten wird es nur wenige geben, die die volle Ueberzeugung haben, daß es keinen Gott giebt. (Heiterkeit links.) Der Regierung sind wir für die Vorlage dankbar. Wir halten drei Punkte für Vortheile, einmal die Erziehung des Voreides durch den Rauchscheid, zweitens die Verminderung der Eide überhaupt, drittens die Vereinfachung der Beweismittel für den Richter, der bisher vereidigen mußte, auch wenn er von der Unwahrheit der Aussage überzeugt war. Ich schließe mich dem Antrage auf Ueberweisung der Vorlage an die VI. (Justiz-) Kommission an.

Abg. Hoff (Hospitant der Fr. Sp.):

Die überwiegende Mehrheit der Elb-Lothringischen Juristen ist für den Rauchscheid, aber die Massenvereidigung und die Nichtvereidigung, wenn das Gericht einstimmig der Ansicht ist, daß ein Rauchscheid vorliegt, sind Bestimmungen, welche für mich unannehmbar sind. Es wird bei uns überhaupt zuviel geschworen, sowohl von Zeugen als auch von den Parteien. Die Massenvereidigung kann die Heiligkeit des Eides nicht erhöhen. Die Ausschließung der Vereidigung führt zu Unzuträglichkeiten für den Reuen. Ich stelle mir die Ausschließung so vor, daß ein Ge-

richtsbeischluß erfolgt und öffentlich beklundet wird. Der Zeuge ist furchtbar bloßgestellt und er steht sofort unter der Anklage der strafbaren unbedingten Aussage, ein Vergehen, das ja auch durch die Vorlage neu ins Strafgesetzbuch hineinkommen soll. Nachdem ein Richterkollegium noch dazu einstimmig eine Aussage für unglaubwürdig erklärt hat, wird es der erkennenden Kammer sehr schwer gemacht, anderer Meinung zu sein.

Abg. v. Salisch (L).

Mit der sogenannten Massenvereidigung ist nicht gesagt, daß alle Vereidigungen am Schlusse der Sitzung erfolgen sollen. Der Richter wird Gruppen von angemessener Größe bilden. Die Nichtvereidigung soll stattfinden, wenn die Zeugen aussage einstimmig für unglaubwürdig erachtet wird. Ich bitte zu beachten die Zeugenansage, nicht der Zeuge. Es kam der glaubwürdigste Mensch einmal eine unrichtige Zeugenaussage machen und er soll in solchen Fälle vor dem Schicksal der Bestrafung wegen Meineides bewahrt werden. Ich bitte Sie, weitere Wünsche nicht in die Vorlage zu bringen, damit das Gesetz zu Stande kommt. (Beifall rechts.)

Die Debatte ist hiermit erschöpft, die Vorlage wird der sechsten Kommission überwiesen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Etat der Reichs-Justizverwaltung, des Reichstags, des Reichs-Schatzamtes, des Reichs-Eisenbahn-Amtes, des Rechnungshofes, der Zölle und Verbrauchssteuern.)

Schluss 5 1/2 Uhr.

Kommunales.

Die städtische Kunstdeputation hat dem soeben erschienenen Geschäftsbericht zufolge im letzten Jahre vierzehn größere Arbeiten in Angriff genommen und zum großen Theil erledigt. Unter den letzteren befinden sich der Wandbrunnen in der Rosenthaler Straße, die monumentale Sitzbank auf dem Andreasplatz mit zwei Marmorgruppen etc. Die Herme der Kämpfer im Fürstendefreiwald 1813 sollen noch in diesem Jahre im Viktoriapark aufgestellt werden. Der Brunnen auf dem Lützowplatz wird voraussichtlich erst im nächsten Jahre fertiggestellt sein. Bezüglich der Ausschmückung des Einganges zum Friedrichshain (durch ein monumentales Portal, Schuphallen mit allegorischen Darstellungen aus dem deutschen Märchenbuch, Springbrunnen etc.) sollen die Professoren Manzel, Widmann und der Bildhauer Götz mit der Ausführung des Hoffmann'schen Entwurfes betraut werden.

Mit einer größeren Zahl elektrischer Beleuchtungsprojekte beschäftigt sich die Gasdeputation in ihrer gestrigen unter Vorsitz des Stadtraths Kamelau abgehaltenen Sitzung. Es handelte sich um die der Deputation vom Magistrat zur Begutachtung überwiesenen Projekte der Beleuchtung des Friedrichshains und des Viktoriaparks, sowie über einen umfassenden Beleuchtungsversuch in der Leipzigerstraße, über welche der Stadtdelektur Dr. Kallmann Entwürfe vorlegte. Die Deputation ertheilte diesem Projekte ihre Zustimmung, wonach der Viktoriapark durch 30 aus dem Leitungsgesetz der Straßenbahnen mit Strom zu verzehrende Bogenlampen bis ca. 11 1/2 Uhr Abends erleuchtet werden soll. Desgleichen wurde die Beleuchtung des Friedrichshains durch 52 Bogenlampen während der Sommermonate genehmigt, während 18 Bogenlampen auch während der Wintermonate die ganze Nacht hindurch die Hauptwege erhellen sollen.

lokales.

Zur Neuwahl im zweiten Reichstagswahlkreise. Den Parteigenossen und Genossinnen die Mittheilung, daß am Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, zwei Versammlungen stattfinden. Nämlich bei Bühlle, Deimevitzstraße 13, und im Friedrichshain'schen Kasino, Friedrichstr. 236. Die Reichstags-Abgeordneten E. Rosenow und P. Singer werden über die Neuwahl zum Reichstage sprechen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Das Wahlkomitee.

Zur Neuwahl im zweiten Wahlkreise. Den Parteigenossen und Genossinnen die Mittheilung, daß am Donnerstag, Abends 7 1/2 Uhr, eine Flugblattvertheilung stattfindet. Alle, die gewillt sind, mitzuhelfen, werden erucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: Schönheim, Gräfelstr. 8; P. Müller, Gräfelstr. 31; Ewald, Schönleinstr. 6; Lindemann, Moritzstr. 9; Jubel, Lindenstr. 106; Saß, Marzgrafenstr. 102; Raumann, Blücherstraße 42; Pädle, Joffenerstr. 10; Rißing, Belle-Alliancestr. 74; Wichert, Großbeerenstr. 54; Jaller, Pallasstr. 16; Werner, Bülowstraße 59.

Sechster Wahlkreis. Am Freitag Abend, 8 1/2 Uhr, findet in Ballshnieder's neuverbaulichem Saal eine Volksversammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Rosenow über: Die bürgerliche Gesellschaft und der Sozialismus referiren wird. Um zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen, ersucht. Der Vertrauensmann.

Die Parteigenossen und Genossinnen der Schönhauser Vorstadt werden auf die am Donnerstag stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht, in welcher Reichstags-Abgeordneter Hoch einen Vortrag über das Justizhausrecht und den Klassenkampf der Arbeiter halten wird. Der Vertrauensmann.

Nachmal die Unterrichtsverfolge der Gemeindefchule.

Einen lehrreichen Beitrag zu diesem kürzlich von uns erörterten Thema liefert auch die alljährlich in den Berichten der städtischen Schuldeputation enthaltene Uebersicht, die die Vertheilung der Gemeindefchulkinder nach den Geburtsjahren und auf die verschiedenen Klassenstufen veranschaulicht. Da die Berliner Gemeindefschulen immer noch, im Gegensatz zu den Volksschulen verschiedener anderer deutscher Städte, nur 6 Klassenstufen haben, und da jede Stufe einen Jahreskursus bildet, so wird vielleicht mancher erwarten, daß die meisten Kinder bei Vollendung des 11. Lebensjahres die 5. Jahresstufe der 6. bis 2. Klasse bereits hinter sich haben und in der 1. Klasse sitzen. Das trifft aber keineswegs zu. Dieses Ideal ist ja freilich schon deswegen nicht zu erreichen, weil immer eine Anzahl Kinder zu spät eingeschult wird und durch häufige, den Schulbesuch für längere Zeit unterbrechende Krankheiten aufgehalten werden. Aber es gibt ein so auffällig geringer Theil der 11-12 Jahre alten Kinder in der 1. Klasse, daß das durch die angeführten Umstände allein nicht genügend erklärt wird. Ende 1897 sahen, wie aus dem letzten Schuldeputations-Bericht (pro 1897/98) ersichtlich ist, von 11 477 zwischen 11-12 Jahre alten Knaben in Klasse I erst 1404, in II erst 4127, andererseits (wie beschränkt uns auch die Aufzählung der Gegenstände) in Klasse V noch 415, in VI noch 39; von 11 922 zwischen 11-12 Jahre alten Mädchen in Klasse I erst 1192, in II erst 4101, andererseits in Klasse V noch 388, in VI noch 36. Auch von den über zwölf Jahre, ja selbst von den über 13 und 14 Jahre alten Kindern sitzen regelmäßig noch eine ganze Menge in den unteren Klassen. Ende 1897 sahen von 11 147 12 bis 13-jährigen Knaben in Klasse V noch 144, in VI noch 19; von 11 902 12-13-jährigen Mädchen in Kl. V noch 124, in VI noch 10; ferner von 9 978 13-14-jährigen Knaben in Kl. V noch 46, in VI noch 8; von 10 615 13-14-jährigen Mädchen in Kl. V noch 51, in VI noch 5; endlich von 1890 14-15-jährigen Knaben in Kl. V noch 8 und selbst in VI noch 3; von 1866 14-15-jährigen Mädchen in Kl. V noch 8. Die Unterrichtsverfolge der Berliner Gemeindefschule werden durch diese Zahlen nicht gerade günstig beleuchtet, selbst wenn man von den schimmigen Fällen, in denen es sich augenscheinlich um besondere Verhältnisse und sehr von der Norm abweichende Kinder handelt, absehen will. Infolge dieses langsamen Aufstiegs vieler Kinder ist die Alterszusammensetzung einzelner Klassenstufen

eine höchst eigenthümliche. In den sechsten Klassen sahen Mädchen aus 9 und Knaben aus 10 verschiedenen Jahrgängen! Rechnet man übrigens die oben mitgetheilten absoluten Zahlen in Relativzahlen um, so stellt sich heraus, daß die Mädchen verhältnißmäßig noch seltener als die Knaben die 1. Klasse in normalem Alter erreichen. Von den 11-12-jährigen Knaben bezw. Mädchen sahen in Kl. I erst 12,2 und 10,0 pCt., in Kl. II erst 36,0 und 34,4 pCt. Sehr lehrreich ist auch die Vertheilung der jüngeren Jahrgänge in ihrer Vertheilung auf die verschiedenen Klassenstufen. Eigentlich müßten zwar nicht alle, aber doch die meisten Kinder Kl. V schon mit dem 7. Lebensjahre erreichen, Kl. IV mit dem 8., Kl. III mit dem 9. u. f. w. Es sahen aber Knaben bezw. Mädchen

von den 7-8-jährigen	erst 51,0 und 47,6 pCt. in V.
" 8-9-jährigen	38,6 " 33,6 " in IV.
" 9-10-jährigen	28,5 " 23,6 " in III.
" 10-11-jährigen	17,8 " 15,8 " in II.
" 11-12-jährigen	12,2 " 10,0 " in I.

In diesen beiden Reihen wird der Prozentsatz der in normalem Alter stehenden Kinder der Klasse zu Klasse geringer. Derselbe Erscheinung zeigt sich auch noch bei denjenigen Kindern, die bereits um einen ganzen Jahreskursus hinter der ihnen nach ihrem Alter zuzurechnenden Klasse zurück sind. Es sahen Knaben bezw. Mädchen

von den 8-9-jährigen	51,5 und 55,1 pCt. erst in V.
" 9-10-jährigen	47,7 " 50,2 " in IV.
" 10-11-jährigen	41,8 " 41,6 " in III.
" 11-12-jährigen	36,0 " 34,4 " in II.

Je höher die Klassenstufe, desto geringer ist die Zahl der Kinder, die in normalem Alter stehen oder nur bis 1 Jahr zu alt sind, desto größer ist andererseits die Zahl derjenigen, die bereits um mehr als 1 Jahr, um 2, 3 u. f. w. Jahre zu alt sind. Solche Erfolge oder vielmehr Mißerfolge lassen sich, wie gesagt, nur zum Theil aus zu später Einschulung oder Krankheiten erklären. Die Hauptursache trifft die bekannten Mängel der Berliner Gemeindefschule, in erster Linie die falsche Vertheilung des Lehrstoffes auf 6 statt auf 8 Jahreskurse, die gleich in den ersten Schuljahren zu einer Ueberanstrengung der Kinder führt, und die immer noch herrschende Ueberfüllung der Klassen, die eine besondere Berücksichtigung der schwächeren Kinder erschwert.

Rißhände im Baugewerbe. Von der Organisationsleitung der Maurer wird uns berichtet: Auf dem Bau des Unternehmers Berned in der Ebersstr. 61/62 zu Schneberg erlitten vorige Woche zwei Steinträger infolge der schlechten Rißung einen Absturz; einer der Verunglückten ist am Sonntag gestorben. Der Unglücksfall findet darin seine Erklärung, daß die Rißung, auf die die Steinträger ihre Lasten trugen, mit einer Wolfsfalle verzierte Rißigkeit hat. Die notwendigen eisernen Träger zur Aeltertage, die später gewölbt werden sollte, waren vollständig ohne Abdeckung. Hierauf war um die Rißung aufgestellt, so daß Gegenstände, die von der oberen Rißung fielen, bis in den Keller fallen mußten. Die Streichstange, die auf der einen Seite im Mauerwerk ruhte, lag auf den Steifen, die glatt und ohne weitere Befestigung auf den eisernen Trägern standen. Die Stange war jedoch nicht lang genug, es fehlten bis zur Wand etwa 50 Zentimeter in der Länge. An diesem Ende war nun auf der Seite eine Latte, worauf der letzte Riegel lag, mit drei oder vier Drahtstiften befestigt. Diese Art Zurückhaltung sollte den Arbeitern zum Verberben gerathen. Das Auswerfen der Steine hatte zur Folge gehabt, daß sich die Nägel aus der Latte zogen und der Riegel seinen Halt verlor. So war ein über einen Meter breites Stück Rißung vollständig ohne Stütze. Der erste Steinträger trat auf diese Falle und stürzte herab, blieb jedoch in der Thüre liegen. Sein Kollege ging ahnungslos weiter, um nach dem Verbleib seines Vornamens zu sehen und kam so unglücklich zum Sturz, daß er kopflüder zunächst gegen den Thürpfosten, dann auf die freiliegenden eisernen Aelterträger und von da in den Keller flog. Zwei Tage nach dem Unglücksfall war er todt.

In diesem Falle ist gegen die Polizei- respektive Unfallverhütungsvorschrift in unverantwortlicher Weise verstoßen worden. Noch am gestrigen Montag war trotz des Unfalles die genannte Aeltertage noch völlig unbedeckt; kein Zugang war versperrt, jedoch auch für die noch nicht verunglückten Arbeiter die Gefahr bestand, ihre gesunden Gliedmaßen zu verlieren. Bemerk sei noch, daß auf diesem Bau sowohl Baubüro als Abort in bedenklichem Zustande sind.

Weitere Unglücksfälle im Baugewerbe. Auf dem Neubau Horkstraße 82 stürzte der Maurer Hüßilla in Folge eines Schwindel-anfalles aus dem 3. Stockwerk herab und erlitt einen Beinbruch und mehrere Verletzungen am Kopfe. — Gleichfalls durch einen Absturz vom Gerüste am Hofe des neuen Marzallgebäudes in der Breitenstraße zog sich der Maurer Wolff eine Verletzung am Kopfe zu.

Die neuerdings vorgenommene Aenderung in der Stellung der Schilder an den Straßenbahn-Haltestellen hat einen Uebelstand gerechtfertigt, für dessen Beseitigung die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft im Interesse des Publikums baldigst sorgen sollte. Die Schilder sind jetzt nämlich derartig aufgestellt, daß sie in engen Straßen nicht nur die Passage hemmen, sondern auch — wie dies häufig zu beobachten ist — bei Regenwetter den aufgeschwemmten Schmutz der Passanten Schwaben bringen.

Polizei und Patrioten. Die polizeiliche Aufsicht beim Aufziehen der Schloßwache ist neuerdings wiederum verschärft worden. Bisher ritten den Truppen nur zwei Schulente voran, welche den Platz vor der Musikpelle, den früher lange Reihen johlender junger Patrioten einnahmen, freizubehalten haben. Von jetzt an wird aber die Kapelle außerdem noch zu beiden Seiten von je drei Schulenten zu Fuß begleitet, welche die Patrioten, die mit Vorliebe dicht neben der Musik mitzugehen pflegen, nach den Bürgersteigen hin zurückdrängen. Diese Schulente treten aber erst ein, wenn die Wache, sich dem Schlosse nähernd, in verkehrtreichere Stadttheile gelangt und immer größere Pöbelmassen sich den marschirenden Soldaten anzuschließen pflegen.

Eine beachtenswerthe Aeregung giebt uns ein Parteigenosse aus dem zweiten Wahlkreise. Den Chambragaristen und Schlafgänger werden zur kommenden Radwoche häufig Druckfächer gegeben. Damit diese nun schnell abgegeben werden können, empfiehlt es sich, daß die Chambragaristen neben dem Schilde des Vermieters auch ihre Namen, etwa durch Anheften der Visitenkarte, an der Thür kenntlich machen.

Die genannten Anlagen des Treptower Parks sind nunmehr endlich von dem früheren Arbeitsanführer der Berliner Gewerbe-Ausstellung an die städtische Gartenbau-Deputation übergeben worden. Die Revellierung des Platzes wird von der Vorverwaltung vorgenommen und derartig gefördert werden, daß zum Frühjahr keine Spur von der verflorenen Gewerbe-Ausstellung vorhanden ist.

Auf der Fahrt nach Berlin erschossen hat sich in der Nähe von Stargard in einem Abteil erster Klasse des D-Zuges ein gut gekleideter junger Mann. Nach seinen Legitimationspapieren ist er identisch mit einem Weinreisenden Paul Malorny, der sich im Auftrage einer Stettiner Firma auf der Geschäftsreise befand und Aufstrag hatte, sich nach Berlin zu begeben. An Boardvermögen hatte der Todte nur den Betrag von — 5 Pfennigen bei sich.

Der Zirkusdirektor Ernst Krenz, dessen Geschäftsführung schon mehrfach die Öffentlichkeit beschäftigt hat, ist, wie nach dem „L.“ verlautet, entmündigt worden. Ernst Krenz, ein Neffe von Franz Krenz, gab zuletzt in Antwerpen Zirkusvorstellungen.

Verdorben, gestorben! Der 48 Jahre alte Schreiber Gustav Stiller, der jetzt im Krankenhaus am Urban gestorben ist, war früher Bürgermeister in König, einer ansehnlichen Stadt in Westpreußen. Von seiner Ehefrau geschieden, kam er vor etwa zwei Jahren nach Berlin, wo er eine Anstellung bei einer Krankenkasse fand. Dieser

Posten verlor er infolge seiner Neigung zum Trunk Ende Oktober vorigen Jahres. Von dem, was er jetzt durch Adressenschreiben verdiente, konnte er seinen Unterhalt nicht bestreiten, und da er, wie viele Trinker, ein roher Patron war, so wurde er von seiner Wirthin, der Wittwe Niederlach am Kottbusser Damm 8, die sich seiner angenommen hatte, Anfangs dieses Monats aus dem Hause gewiesen. Nun fand er eine Woche lang bei einem Arbeiter Kaufe in der Prieger Straße 33 Unterkommen. Aber auch hier war seines Bleibens nicht, da er nicht zahlen konnte. Ohne Obdach und Mittel sprang der Unglückliche nun vom Maiböschung aus in den Landwehrkanal, schrie aber im Wasser jämmerlich um Hilfe. Die des Weges kommenden Schloffer Woll und Bolzi retteten ihn und brachten ihn nach dem zuständigen Polizeirevier, von wo er dem Krankenhaus am Urban eingeliefert wurde. Im Wasser hatte er sich eine Lungenentzündung zugezogen, die seinen Tod herbeiführte.

Aus der Gesellschaft. Die gegen den Grafen Klaus v. Egloffstein erhobene Anklage lautet auf Betrug. Man nimmt an, daß der Tennin zur Hauptverhandlung in 14 Tagen angefaßt sein wird. Dieser Strafprozeß hat mit der Spielerelegenheit, in die der Graf als Direktionsmitglied des Klubs der Harmlosen verwickelt ist, nichts zu thun. Uebrigens war Graf Egloffstein die indirekte Veranlassung zu der Auflösung des Klubs. In der die Spielergeschichte betreffenden Untersuchung finden noch immer Vernehmungen aktiver Offiziere statt, die indeß nicht viel auszusagen vermögen.

Ein erster Unfall ereignete sich gestern Nachmittag in der Lindenstraße. Als Radmitfahrer nach 1 Uhr ein junges Mädchen in Begleitung eines etwa vierjährigen Kindes die Straße passirte, fiel von dem Hause Nr. 73, an der Ecke der Junferstraße, ein großes Stück Kug aus beträchtlicher Höhe herab und traf das Kind so unglücklich, daß es blutend zu Boden sank. Es wurde sofort in ärztliche Behandlung gegeben. Das Haus läßt durch seine äußere Erscheinung auf die Möglichkeit solcher Unfälle kaum schließen. Die Unfallstelle wurde abgeperrt.

Im Berliner Aquarium, wo die Erscheinungen des Frühjahrs dem Leben der Fische vor Augen zu stellen, erregt es jetzt das höchste Interesse, diesen Erscheinungen nachzugehen und sie zu betrachten, wie sie sich in dem Aquarium, fast lärmlos und Besuchen der Bogenwelt, in dem Gewässer und Regen der den Winter schlaf abschließenden Aetherkugeln und in dem freudigen, starken Treiben und Gelingen der Wasserpflanzen äußern. Nicht nur, daß man diese reizvollen Erscheinungen um Wochen oder Monate früher als draußen beobachten kann, man vermag sie infolge der besonderen Anlage und Einrichtung der Becken auch viel schärfer zu beobachten. Was in solcher Hinsicht die der einheimischen Lebenswelt eingeräumten Behälter voraus haben, suchen die Seewasser-Becken durch die vielfältige, bunteste und bunte, auch in seltenen Fällen reiche Besetzung mit Thieren aller Klassen und Gruppen weit zu machen. Auch das Aequarium erhielt außer gewöhnlicheren Arten einen Vertreter eines Menschenaffen, des afrikanischen Schimpanse, der dem Aquarium hoffentlich recht lange erhalten bleiben wird.

Ein humoristischer Abend wird am Donnerstag den 2. März, den diesjährigen Vortragstag des Vereins „Berliner Presse“ beschließen. Auf dem Podium werden erscheinen Herr Intendant Klaus Wraich und der ostpreussische Dialektiker Robert Johannes. Der Billeterverkauf in den Buchhandlungen von Amelang, Lazarus, Speyer u. Peters und Trautwein beginnt am Montag, den 20. d. M.

Der Verein von Freunden der Treptow-Sternwarte hält am Mittwoch, den 22. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, auf der Treptow-Sternwarte seinen 14. Beobachtungsabend ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag von Direktor F. S. Archenhold: „Die Astronomie der Chinesen“, und die Marsbeobachtung mit dem Nierenfernrohr.

Anfang am öffentlichen Feuermelder veranlaßte Sonntag Abend 6 Uhr einen Mann nach der Gipsstraße. Es gelang, den Thäter abzufassen und der Polizei zu überliefern.

Feuerbericht. Sonntag früh 9 Uhr wurde die Feuerwehre nach Rüdersdorferstr. 47 gerufen, wo die Balkenlage unter der Hochmaschine in Brand gerathen war. Kurz darauf erfolgte ein Alarm nach Haidestr. 2, wo ein unbedeutender Brand abzulösen war. Gegen 11 Uhr erfolgte ein Aussehen auf Schönberger Reiter. Es brannte Großgürchenstr. 1 ein Konfektionsladen. Die hiesige Wehre trat jedoch nicht in Thätigkeit, da die Schönberger Löschmannschaft die Gesähe allein beseitigte. Im Laufe des Abends waren noch Alarmierungen nach Invalidenstraße 111, Dunderstr. 14 und Reichenbergerstr. 63a zu verzeichnen, doch handelte es sich in diesen Fällen um irrtümliche Feuerbefürchtung. Montag Mittag war vor der Hauptfeuerwache in der Lindenstraße ein gefüllter Müllwagen (System Siebert) in Brand gerathen, der von Mannschaften der Feuerwache mittels Eimer abgelöscht wurde.

Aus den Nachbarorten.

Treptow-Baumschulenweg. Den Parteigenossen die Mittheilung, daß der Verein Vorwärts am Mittwoch seine Versammlung im Lokal von O. Lange abhält. Es findet ein Vortrag über „erste Hilfe bei Erkrankungen und Unglücksfällen“ statt. Der Vorstand.

Pankow. Der nächste Lesabend des Arbeitervereins findet am Dienstag Abend 8 1/2 Uhr im Störchen Lokal, Mühlentstr. 24, statt. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahlstelle definitiv zum Restaurateur Walter, Wollant- und Drehmeisterei- Ecke verlegt worden ist. Der Vorstand.

Kampf gegen den inneren Feind in Ober-Schönevide. Von dem Wirth, mit dem man im Zeichen des Justizhausluchses Arbeiter zu bekämpfen wagt, legt ein Vorgang, der sich Sonntag Abend in Ober-Schönevide zutrug, Zeugnis ab. Im Lokale von Gaserland feierte der Arbeiter-Bildungsverein sein Vereinsvergügen. Als die Mitglieder in Gemeinschaft von Wein und Bier sich bei Tanz und Gesang vergnügten, erschien gegen 9 Uhr der Amtsvorsteher Kottmeier und erklärte dem Vereinsvorsitzenden Kuntz seine persönliche Meinung dahin, daß in seinen Augen das offensichtliche Tanzvergnügen kein Tanzvergnügen, sondern eine Vereinsversammlung sei und in solcher dürfen nach dem Vereinsgesetz keine Frauen und Kinder theilnehmen. Also hinaus mit den Frauen und Kindern. Der Vorsitzende antwortete auf dies Ansinnen, daß es ihm nicht im Traum einfallen, die Frauen und Kinder in die kalte Nacht hinauszuweisen; wenn der Amtsvorsteher sich einmal bestimmen wolle, so werde er zu der Einsicht kommen müssen, daß er sogar durch eigene Unterschrift vom Stattfinden eines Tanzvergnügens und nicht entfernt von einer Versammlung Kenntnis genommen habe.

Auf diesen in Anbetracht der Umstände ganz außerordentlich höflichen Hinweis entgegnete der Amtsvorsteher, daß ihm das ganz gleich sei, ihm beliebe es nun einmal, das Tanzvergnügen für eine Versammlung anzusehen und damit basta. Der Vorsitzende konnte sich ja beschweren. Im Uebrigen gebe er fünf Minuten Bedenkzeit; sei bis dahin nicht seinem Befehl nachgekommen, so werde er die Versammlung — die sich durch Tanzen ungenirt weiter gegen das Vereinsgesetz verging — auflösen.

Als die fünf Minuten verstrichen waren, riefte der Amtsvorsteher kriegerisch mit fünf Gendarmen und einem Polizeidiener gegen die Tanzgesellschaft vor.

Der Vorsitzende war immer noch in dem Irrthum, daß er auf dem Boden des Gesetzes mit dem Ortsvorsteher auskommen könne und erklärte dem Rame, daß das Vergnügen, das in dem Lokal stattfände, ein geschlossenes sei, gegen das niemand ohne starke Zutritt habe; auch machte er den Amtsvorsteher darauf aufmerksam, daß er sich beim Betreten des Raumes eines Hausfriedensbruchs schuldig mache.

Diese Vorhaltungen wurden vom Amtsvorsteher und den ihm untergebenen Gendarmen damit beantwortet, daß man nun ohne Weiteres in den Saal drang. Der Amtsvorsteher bemühte sich in diesem Augenblicke lebhaft, mit aller Gewalt an der Thüre festzuhalten, daß das Tanzvergnügen eine Versammlung sei, und löste es unter allgemeiner Heterkeit der Männer, Frauen und Kinder auf. Da die Heterkeit auch während der Entleerung des Saales anhält, brangte die im Rede stehen

Schiefer Laß verkörperte höchste Humanität des preußischen Staates nicht zur Entfesselung zu kommen.

In der Nähe des Lokals lag von Sonnabend früh her auch der ganze Sonntag über die Leiche eines Selbstmörders zur Ansicht für jedermann aufgestellt.

Im Streite hat am Sonnabend Abend gegen 10 Uhr die 23jährige Anna Fuhrmann in ihrer Wohnung zu Rixdorf, Gietzenstr. 45, ihren zukünftigen Schwiegervater, den Arbeiter Heinrich Lange, erschossen.

Der Frage der Verlegung der königlichen Bibliothek ist jetzt auch der Charlottenburger Magistrat näher getreten. Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine Magistratskommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, einzusetzen.

Ein schwerer Unfall ereignete sich Sonntag Nachmittag gegen 2 Uhr in Schöneberg, an der Ecke der Wag- und Hauptstraße. Ein Wagen der Dampfstraßenbahn fuhr in einen Pferdeabfuhrwagen hinein, wobei der letztere zertrümmert wurde und das Pferd beide Vorderbeine brach.

Ueber den Unfall wird von anderer Seite noch berichtet: Durch Warnungsrufe aufmerksam gemacht, gelang es dem Kondukteur und Führer der Pferdeabfuhr, vor der Katastrophe den Wagen zu verlassen, während von den Insassen desselben zwei Herren und eine Dame erheblich zu Schaden kamen.

Eisenbahnunfall. Sonntag Nachmittag 9 Uhr 10 Minuten entgleiste auf der Strecke Schneidemühl - Berlin kurz vor Station Lichtenberg-Friedrichsfelde ein Güterzug.

Aus Spandau wird berichtet: Seit zehn Tagen betreibt die Bierglocke-Verlin einen Ausschank hier in einer verkehrsreichen Straße und hat damit großen Erfolg.

Geriichts-Beilage.

Fabrikbesitzer Frey Dopp und die „Aufwiegler“. In der Mittagsstunde des 10. Oktober v. J. hatte sich der Arbeiter Felix Weinberg vor der Fabrik des Herrn Dopp in der Eichen-dorferstr. 20 aufgestellt, um die aus der Fabrik kommenden Arbeiter durch Verteilung von Zetteln zu einer Metallarbeiter-Versammlung einzuladen.

Menschen auf, sich zu entfernen, und als er nicht folgen wollte, steckte ich beide Hände in die Taschen meines Jacketts - dieselben, welche ich heute an habe - und drängte ihn (der Angeklagte ist eine ungewöhnlich kleine Person, während Herr Dopp sich eines breitschultrigen, sehr kräftigen Körperbaues erfreut) mit der Wucht meines Körpers hinaus bis an die Grenze meines Eigentums.

An den Fall Köppen erinnerte der Tathbestand einer Anklage, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Arbeiter Gustav Günther verhandelt wurde.

Auch in der Republik Hamburg macht sich in gerichtlichen Urtheilen der Zuchtstauers bemerkbar. In den letzten vierzehn Tagen sind gegen Angehörige der Gewerkschaften verschiedentlich Strafen erlassen worden, die man in anbetragt der geringfügigen Ursachen, die ihnen zu Grunde lagen, anherbeiführen hoch nennen muß.

Sonntagsarbeit und Bundesraths-Verordnung. Der Färbereibesitzer Dreier im Hannover'schen hatte in seiner Schönfärberei an einem Sonntagvormittage arbeiten lassen, ohne im Besitze der ortspolizeilichen Erlaubnis zu sein, die hierfür die hannoversche Sabbatthordnung vom 25. Januar 1892 vorschreibt.

Grubenunglück und Berginspektions-Reform. In diesen Tagen, am 17. Februar, ist ein Jahr verflossen seit dem Mienen-unglück auf der Grube „Karolinenglück“ bei Hamme, wobei über 100 Arbeiter ihren Tod fanden.

Was ist seitdem geschehen? Nun, die Wünsche der Arbeiter sind noch heute unerfüllt. Als die Zeit, so schreibt dazu die „Rhein.-Westf. Arbeiterztg.“ den Eindruck, den die Unglücksbotschaft von „Karolinenglück“ geschaffen, immer mehr und mehr verwich, da verhärteten sich auch immer mehr und mehr die Gewissen.

Arbeitererfahrungen. Aus Zwickau wird uns geschrieben: Im Oelsberger Reviere verunglückten in der Nacht vom 15. zum 16. Februar auf zwei verschiedenen Strecken durch Steinfall zwei Bergleute schwer und der Fördermann H. Seidel aus Callenberg tödtlich; auch im hiesigen Revier gab es wieder einen Schwerverletzten.

Vom Sparsystem der Eisenbahn-Verwaltung. Unter dieser Ueberschrift hatten wir in Nr. 36 dieses Jahrgangs eine Notiz veröffentlicht, die folgendermaßen lautet:

In der katholischen „Oberhessener Volkszeitung“ wird der Inhalt einer Beschwerde veröffentlicht, die das in Osterfeld stationierte Eisenbahn-Personal an diese Zeitung gerichtet hat.

Wir drücken dann wörtlich die Beschwerde ab, die in der Klage einer allzulangen und reglementwidrigen Arbeitszeit der Bremser aufgeföhrt. - Heute geht uns nun von der Eisenbahndirektion Essen die folgende Verächtigung zu:

Die Angabe in Nummer 36 des „Vortwärts“, daß der tägliche Dienst für die auf Bahnhof Osterfeld stationierten Bremser 15 bis 16 Stunden betrage und die Eisenbahnverwaltung nur deswegen auf eine erheblich kleinere Zahl - 10 Stunden 30 Minuten - komme, weil sie die oft mehrstündigen Aufenthaltzeiten auf den Zwischenstationen von der Dienstdauer in Abzug bringen, ist unzutreffend.

Der Dienst der Bremser in Osterfeld wechselt nach der Dienst-eintheilung täglich innerhalb eines Zeitabschnittes von 32 Tagen. Dann beginnt er wieder von Neuem, wie an dem ersten Tage dieser 32tägigen Periode. Die amtliche Berechnung der täglichen Dienstdauer geschieht in folgender Weise. Als Beginn des Dienstes gilt die scharfsammlende Abfahrt von der Abgangstation und als Schluß des Dienstes die planmäßige Ankunft auf der Endstation.

Die nach diesen Grundfragen ermittelte durchschnittliche Dienstdauer der Bremser in Osterfeld beträgt nicht 15-16 Stunden, sondern rund 10 1/2 Stunden.

Wir wissen nicht, ob die oben genannte Fassung ebenfalls beachtet werden soll. Jedenfalls müssen wir es ihr resp. den beteiligten Beamten überlassen, sich mit der Verächtigung der Essener Eisenbahn-Direktion auseinandersetzen.

Zu der angeblichen sozialpolitischen Zeitschrift-Gründung Kron's-Braun-Jastrou, welche inbetriff Acons und Braun bereits in unserem Blatte demontirt worden ist, werden wir von Herrn Dr. Jastrou darauf aufmerksam gemacht, daß bezüglich seiner Person die Nachricht bereits in der „Täglichen Rundschau“ selbst (von der die Wüttheilung ausgegangen war) widerrufen ist.

Vermischtes.

Eisenbahnunglück. Amlich wird gemeldet: Montag Nacht 12 1/2 Uhr fuhr der Gexpreßzug Köln-Berlin auf dem Haupt-Bahnhof Essen in einen rangirenden Zug hinein. Personen wurden nicht verletzt, dagegen sind 3 Wagen des Rangirzuges vollständig zerstört.

Ueber den Eisenbahn-Unfall in Brüssel heißt es in einem Bericht an die „Voss. Ztg.“: Die drei letzten Wagen dritter Klasse des Personenzuges wurden buchstäblich zermalmt, die mit den Trümmern dieser Wagen bedeckte Lokomotive, deren Rauchfang abgerissen worden war, kletterte noch auf den nächsten Wagen hinauf und auch die vordersten Wagen des Personenzuges erlitten durch den Gegenstoß schwere Beschädigungen.

Der Unterbeamte Philipp Galen bekannte Roman-schriftsteller Osterstabsarzt a. D. Dr. Ph. Lange ist in der vergangenen Nacht in Polddam gestorben.

Für die Angehörigen der Berufsklassen in Dresden

gingen bei der Expedition des „Vorwärts“ folgende Beiträge ein: Tischlerei G. Wintzer, Meißnerstr. 59 5,10. Personal der Geschäftsbücherei-Fabrik von H. Rump 20.— Lustige sieben 6.— Tischlerei von Nachbar, Rammstr. 56 3.— St. Lucas 8.— Von den zieldenken Eisenbahnen 38.— Gefammelt von der Firma F. S. durch M. 3,50. Aus der Werkstatt von Kraner, Andreadstr. 3.— F. S. 2.— W. B. G. Sp. 20.— Ed. Tapes. — 10. Louis Veltin, Vorstadt 3.— Ed. Varsch 3.— Rauschklub „Große Stunde“ 5.— Hochzeitsfeier Wlag, Friedrichsplatz 33, gef. d. Köhler 3,05. Dr. R. V. 5.— Von einem Freunde d. Gerechtigkeit 100.— Kunst, Kaiserstr. 25 1.— F. S. 1.— Sparverein Wittenstr. 6.— Gef. von den Belegern der Waffsch. Wäffelstr. 5.— Lederarbeiter bei Mar. Schulte 10.— Geir. Bendel — 50. F. S. 65 1.— Am Dietrich eine Kasse — 60. Deutsche Waffenschm. 8 zum Genossen 10,50. Berufsgläub. Badler bei Wildberger, Sidingenstr. 43, 6,61. Durch K. Knappe im Restaurant Sidingenstr. 8 4,40. Statist. Rausch, Charlottenburg, 3.— Tapezierwerkstatt Flatow u. Vitemer 20.— Von flussdenken Arbeitern der Norddeutschen Gummi-Fabrik, Tempelhofer Weg 22,50. Wei. Goldensteinstr. 21, Stammsch. 7,55. S. 110 Berliner Wert 7,30. Firma Albert Rufat 11.— Idem 1,50. Einige Zimmerer 4,80. Vogel'sche Zinkfabr., 1. Rate 2,50. Sämmtl. d. Meta-Waarenfabr., Salfeld, Randerstr. 15,40. Gef. von den Arbeitern v. Weiser, Brandenburgstr. 76 10.— U. A. 50.— J. F. 3.— Union, Electr.-Gesellsch. durch den großen Vorzug 2,75. Geburtsfeier d. Personal d. Gumpert'schen Dampfmaschinenfabr. 5.— Härtig 2,95. Gefangenen-Sängerchor, Friedrichshagen 10.— Bureau H. A. Seine 4.— D. S., Klempner 1.— Robert Branding u. Wehe 7.— Arbeiter der Firma Friedländer u. Galemst 3,50. Etüder, Bernhof 13,55. Neun wasserundichte Gefellen vom Betriebslag 7.— Lust u. Aigung, Fährstr. 5, 1. Rate 6,30. Malerwerkstatt B. R. 11,20. Arbeiter von Friedrich u. Witz 9.— Hochzeitsfeier B. Weitz 5,00. Sammler-Kursus der Berliner Arbeiter 25.— U. F. Wobbit 5.— Personal der Buchdruckerei Wolf u. Wagner, Lindenstr. 23,50. Gefammelt durch P. A. 2,25. Woltner, Kronstr. 38, 6,50. F. Howe u. Co. 3.— Arbeiterinnen der Buchdruckerei Günther u. Sohn 3,50. Chemigraphen, Ritterstr. 2. Rate 4,25. V. Grann u. Co., Alexandrinenstr. 9.— Stat. und Dittmar 1,35. Tischlerei Lehmann u. Klau 6,50. Silberarbeiter Stahlstraße 12 5,90. Kaviaturfabrik Oswald 10,90. Maschinenmeister bei Bürenstein 18,50. Vergolder bei Müller 2.— Buchdruckerei d. Billig Koch 7,50. Tapezierer der Firma Dittmar 10.— Lampenfabrik G. O. u. W. 10,50. Arbeiter bei G. Kohnmann 9,00. Gegen den Buchhändler W. G. u. W. 10,50. Arbeiter bei G. Kohnmann 9,00. Werkstatt 19,95. R. Martiny 1.— Bau Stralauerstr. 39, Rammann 3,50. Batteriefabrik Beddow 3,80. Firma Frede u. Stiller 5,75. Metallgießerei Schaller, Brandenburgstr. 5.— Gießerei Stahlstraße 12, 2. Rate 2.— Gefammelt durch E. Kaiser, Andreadstr. 4,40. Werkstatt Wolke u. Horn 4,50. Füllschmiedfabrik G. Wimmer Kochsloß 7,20. R. R. 2,05. Köhler, Zimmerer, 3,50. Nagendes Ungeleser, U. G. W., Köthelung 4, 40,20. H. Auerbach, Grünauerstr. 2, 17.— Durch F. R. für die Berufsgläubigen 5,00. Von Arbeitern der Waffschmied-Fabrik von Wlad. Gebhardt, Chausseestraße, 29.— Von den Tischlern von Schöke, Stahlstr. 10, 7.— Dr. S. Krankenliste der Buchdruckerei, 2. Rate 3,95. Klempner der Thom'schen Werkstatt, Poststr. 44, 13.— Arbeiter der Firma Wittenstr. 6,75. Summa 600,31 M.

Druckfehler: Berichtigung. In der Liste der Sonnabends-Nummer nach es heißen: Geburtsfeier einiger Kollegen vom Väter-Verband Klosterstr. 101, 7,20 M. (nicht 1,20 M.)

Versammlungen.

Die Angestellten bei der Briefabteilung der Postverwaltung hielten am Sonntag im Feen-Palast eine zahlreich besuchte Versammlung ab, der auch die Direktoren Starke, Stephan und Goldstein beiwohnten. Von den eingeladenen Reichstags-Abgeordneten aller Parteien war niemand erschienen. Es handelte sich um die Stellungnahme der Angestellten zu der dem Reichstage vorgelegten Postnovelle, beziehungsweise den in derselben vorgesehenen Entschädigungen für die Angestellten der Gesellschaft, welche infolge der Annahme besagter Novelle ihre Stellen verlieren würden. Dabame, der bis vor Kurzem zu den Angestellten der Postverwaltung gehörte, erörterte eingehend den Gegenstand. Er bemerkte, daß die Agitation, welche die Angestellten der privaten Postbetriebe gegen die vorjährige Postnovelle betrieben hatten, den Erfolg gehabt habe, daß der jetzige Entwurf doch eine Entschädigung der Angestellten vorsehe, während in dem vorjährigen keine Rede davon war. Hoffentlich werde auch die jetzt im Werk gesetzte Bewegung dazu beitragen, daß die in dem Entwurf viel zu niedrig bemessenen Entschädigungen für die Bediensteten privater Postanstalten erhöht werden. Diese Forderung sei gewiß gerechtfertigt, namentlich wenn man bedenke, daß den Unternehmern der Privatpost-Betriebe nach dem Entwurf eine Entschädigung bis zum achtfachen Betrage des ihnen entgehenden Jahresertragens zustehe, während die Entschädigung der Angestellten nur die einfache Höhe des Jahresertragens erreicht. Nachdem der Redner die Forderungen der Angestellten des Kaiserlichen Reichspostamts erläuterte, empfahl er ihnen die Unterzeichnung einer Petition an den Reichstag. Diefelbe hat folgenden Wortlaut:

Einen hohen Reichstage erlauben sich die ergebenst Unterzeichneten folgende Wünsche zur gütigen Berücksichtigung zu unterbreiten:

Der dem hohen Hause zugegangene Entwurf betreffend einige Änderungen von Bestimmungen über das Postwesen verlangt die Ausdehnung des Postregals auch auf die verlassenen Briefe, die innerhalb des Aufgabedates verbleiben. Dadurch würde der Fortbestand der Berliner Postverwaltung in Frage gestellt, ein großer Teil der Unterzeichneten, vielleicht alle, würden entlassen werden müssen. Darum bitten wir das hohe Haus, zu bedenken, daß ein großer Teil der in Betracht kommenden länger als 6 Jahre ununterbrochen im Dienst der Gesellschaft gestanden hat, denen es voraussichtlich unmöglich sein würde, in ihrem früheren Beruf ein auskömmliches Unterkommen zu finden, und die darauf angewiesen sein würden, sich eine neue Existenz zu gründen. Damit denselben dies möglich gemacht werde, bitten die Unterzeichneten, die im Entwurf als Entschädigung für die Angestellten vorgesehenen Sätze zu erhöhen, und die auch über 6 Jahre hinaus bei Privatpostanstalten zurückgelegte Dienstzeit berücksichtigen zu wollen, sowie der Postverwaltung aufzugeben, die den Angestellten eventuell zuerkannte Entschädigung nicht in monatlichen Teilbeträgen, sondern in einer Summe auszusahlen.

Ferner bitten wir, diejenigen Bediensteten, die die von der Postverwaltung angebotene Stellung ausüben, von der Entschädigung nicht auszuschließen, sowie denjenigen Angestellten, die in den Dienst der Reichspost übertreten, die bei den Privatpostanstalten zurückgelegte Dienstzeit mit anzurechnen, und denselben, sofern sie innerhalb eines Jahres aus dem Dienst der Reichspost ausscheiden, die auf sie entfallende Entschädigungssumme gleichfalls auszusahlen.

Wie der Referent mittheilte, sind auch die Angestellten von Privatposten anderer Städte dieser Petition beigetreten, von manchen Orten sind auch eigene Petitionen ähnlichen Inhalts an den Reichstag gerichtet worden. — Hierauf nahm Dr. Starke das Wort. Er sagte, nach Annahme des Entwurfes müsse die Postverwaltung ihren gesamten Brief- und Drucksachenverkehr einstellen, da sie, wenn die Reichspost zu den für den örtlichen Verkehr erniedrigten Portosätzen befördert, mit dieser nicht mehr konkurrieren könne. Redner empfahl den Angestellten, in erster Linie für Ablehnung der Postnovelle zu petitionieren, und erst für den Fall der Annahme derselben die Erfüllung ihrer Wünsche zu fordern, auch möge man, um Entschädigung für die im Entwurf nicht berücksichtigten Angestellten unter 18 Jahre erlangen. — Die Versammlung entschied sich dafür, daß diese Punkte der Petition noch eingefügt werden.

Die vierte Provinzial-Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg tagte am Sonntag in Lokal von Hr. Zubeil, Lindenstraße 106. Vertreten waren 61 Orte durch 71 Delegierte. Ferner war die Agitations-Kommission sowie die Revisoren für die Provinz und als Vertreter der Geschäftsleitung der Generalbevollmächtigte Bömelburg-Hamburg anwesend. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wird als erster Punkt der Tages-

ordnung über die Erhöhung der Beiträge verhandelt. Nach dem einleitenden Referat von Silberschmidt haben sich bereits mehrere Kreis-Konferenzen und Versammlungen mit dieser Frage beschäftigt und im Allgemeinen prinzipiell Zustimmung beantwortet. Der Redner führt dann aus, daß allem Anschein nach in diesem und im nächsten Jahre schwere Kämpfe bevorstehen, so daß darauf Bedacht genommen werden müsse, der Organisation größere Mittel zuzuführen, um wie bisher allen Anforderungen gerecht zu werden.

In der hierauf folgenden Diskussion sprachen sich die meisten Redner für die Erhöhung der Verbandsbeiträge um 5 Pf. pro Woche und Beibehaltung des Streifonds aus. Andere Delegierte wünschten keine Beitragserhöhung, aus Rücksicht auf diejenigen Orte, wo die Löhne sehr niedrige sind, hielten aber eine Verlängerung der Beitragszahlung auf 45, statt wie bisher 40 Wochen pro Jahr, für notwendig. Weitere Vorschläge gingen dahin, den Streifonds abzuschießen und an dessen Stelle eine entsprechende Erhöhung der Verbandsbeiträge vorzunehmen, und ferner den Verbandsbeitrag auf 20 Pf. festzusetzen, obligatorische Einführung des Streifonds an allen Orten und Eintheilung der Beitragshöhe hierzu, je nach dem örtlichen Verdienst in 8 Klassen. Schließlich wurde mit 55 gegen 6 Stimmen folgende von Silberschmidt eingebrachte Resolution angenommen:

Die Konferenz der Delegierten der Provinz Brandenburg erklärt: 1. Da die Aussperrungen, Maßregelungen, Abwehrstrafen u. s. w. durch die augenblicklich herrschende Stimmung in den Kreisen der Unternehmer an Zahl, Heftigkeit und Dauer zunehmen, auch Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen noch dort geführt werden müssen, wo durch Verhandlungen die Lebenshaltung der Kollegen nicht aufgehoben wird; 2. da ein starker Streifonds die beste Gewähr gegen willkürliche Angriffe und Unterdrückung bietet, ist die Aufbringung von größeren Mitteln für den Verband der deutschen Maurer notwendig. Die Form, durch welche dieser Zweck erreicht werden soll, überläßt die Konferenz dem nächsten Verbandstage, da derselbe am besten geeignet ist, alle in Frage kommenden Eigenthümlichkeiten des ganzen Landes zu berücksichtigen.

Außerdem gelangte mit 46 gegen 16 Stimmen folgender Antrag zur Annahme: Die Konferenz erklärt sich mit einer Beitragserhöhung von 5 Pf. pro Woche einverstanden. Die Bestimmungen bezüglich des Streifonds sind den einzelnen Orten überlassen und sind die Beiträge hierzu je nach der Höhe des Lohnes zu bemessen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zu den Tarifgemeinschaften. Die Referenten Fr. Schulz-Berlin und Bömelburg beschworfeien in längeren Ausführungen aus tatsächlichen und prinzipiellen Gründen und mit dem Hinweis auf die in verschiedenen Orten bereits erzielten guten Resultate, die Annahme von Tarifgemeinschaften. Ohne Diskussion nahm die Konferenz eine Resolution an, die sich im Sinne des Referats bewegte. Hiermit war die Verbands-Konferenz erledigt.

Nach einer einstündigen Mittagspause trat die von der Agitationskommission der Provinz Brandenburg einberufene Konferenz zusammen. Zunächst erstattete Silberschmidt den Bericht über die Thätigkeit der Kommission seit der vorjährigen Konferenz. Nach dem Bericht war die Thätigkeit der Kommission eine äußerst rege und sie hat nach jeder Richtung versucht, die an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen. In 178 Versammlungen hat die Kommission Referenten gestellt und fast ebensoviel Sitzungen, Revisionen u. s. w. abgehalten. Ein- und ausgegangen sind etwa 2000 Postsendungen. Außer 12000 Protokollen von der dritten Provinzial-Konferenz wurden 10000 Flugblätter in der Provinz verbreitet. In ganz erheblichem Maße wurde die Kommission bei den Lohnbewegungen in den einzelnen Orten der Provinz zur Leitung, Teilnahme an den Beratungen, Verhandlungen mit dem Unternehmer, im Anspruch genommen. Die Resultate der Agitation sind äußerst befriedigend. Die Zahl der Zahlstellen ist von 77 im vorigen Jahre auf 107 gestiegen und die Zahl der Mitglieder hat sich in derselben Zeit von 9474 auf 12968 vermehrt. Von ganz besonderer Bedeutung hierbei ist, daß die Organisation immer mehr auf dem platten Lande Boden gewinnt und jetzt schon einen großen Teil der Maurer umfaßt, die nebenbei Ackerbau betreiben, mit der ländlichen Bevölkerung in der Provinz innig verflochten sind und die man früher für fast organisationsunfähig hielt. Hinzu kommt, daß die Behörden nach wie vor den Arbeitern die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts erschweren, durch das bekannte Vorgehen bei Lohnbewegungen die Ausübung des Koalitionsrechts beschränken und daß als eins der bekannnten Mittel die Saalabtreiber in der Provinz ganz besonders im Schwunge ist. In welcher Weise hier vorgegangen wird, beweist folgendes Schreiben, das der Einberufer einer Versammlung, dem auch die Pergabe des Saales vor dem zugewandt war, auf seine Anmeldung vom Ortsvorstand in Caputh erhalten hat. Das Schreiben lautet:

„Indem Ihnen die Anmeldung der geplanten öffentlichen Maurerverversammlung am 19. d. M. hier beim Gastwirth Wolff bescheinigt wird, bemerke ich, daß dieselbe nicht stattfinden kann, da Herr Wolff nicht geneigt ist, sein Lokal zu der Versammlung herzugeben. Ebenjowenig dürfen Sie in den übrigen hiesigen Lokalen Aufnahme finden. Caputh, 11. Februar 1899. Der Amtsdorfvorsteher v. Thünen.“

In 89 Orten sind Forderungen an die Unternehmer gestellt worden. Grundsätzlich sind den Unternehmern die Forderungen auf Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Vereinfachung von verschiedenen Vorschriften u. s. w. längere Zeit, oft 4-5 Monat vor der eventuellen Arbeitsniederlegung, unterbreitet und um gemeinsame Unterhandlungen nachgesucht worden. In 15 Orten wurden auch infolge von Verhandlungen die Wünsche der Arbeiter erfüllt, in 13 Orten kam es zum Streik, in 2 Orten wurden alle Maurer und in 5 Orten theilweise ausgesperrt. Insgesamt wurde in 35 Orten eine Erhöhung des Lohnes von 4-32 pCt. resp. von 2-8 Pf. pro Stunde durchgeföhrt, und zwar kommen hierbei 5612 Maurer in Betracht. In 21 Orten wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit für 1897 Maurer um eine Stunde resp. eine halbe Stunde erzielt. Außer den Aussperrungen in Spandau und Brandenburg verließ auch eine größere Anzahl von Kaufherren zu Ungunsten der Arbeiter. Nach dem im Dezember vorigen Jahres vorgenommenen Erhebungen seitens der Kommission betrug die Arbeitszeit in 1 Ort noch 12, in 26 Orten 11, in 1 Ort 10 1/2, in 53 Orten 10, in 1 Ort 9 1/2 und in 12 Orten 9 Stunden. Die Löhne betragen pro Stunde in 5 Orten 20 bis 24 Pf., in 27 Orten 25 bis 29, in 26 Orten 30 bis 34, in 12 Orten 35 bis 44, in 11 Orten 45 bis 54 und in 12 Orten 55 bis 60 Pf.

Nach dem Klassenbericht, den Waganz-Berlin gab, beliefen sich die Einnahmen mit einem alten Bestand von 181,25 M. auf 2140,10 M., die Ausgaben auf 2116,41 M.

Eine Diskussion über den Geschäftsbericht der Kommission, mit deren Thätigkeit die Delegierten sich zufrieden erklärten, wurde nicht beliebt und dem Kassierer auf Antrag der Revisoren die Decharge erteilt.

Neber den nächsten Punkt der Tagesordnung: Agitation, referierte Silberschmidt. Der Redner kam zu dem Schlus, daß ganz besonders eine intensive mündliche Agitation unternommen werden muß, um eine weitere und erhebliche Ausbreitung der Organisation zu ermöglichen.

Die nachfolgenden Redner äußerten sich im Sinne des Referats und wurde eine Resolution angenommen, nach der die Agitationskommission beauftragt ist, zur wirksamen Gestaltung der Agitation Kreis-Vertrauensmänner einzusetzen und zu diesen Posten hierzu geeignete Kollegen für die betreffenden Bezirke zu ernennen. Die Kreis-Vertrauensmänner haben unter der Kontrolle der Agitationskommission in dem ihnen übertragenen Bezirk Verbindungen mit noch nicht organisierten Orten herzustellen,

die Agitation zu leiten, Versammlungen einzuberufen, den Kollegen am Orte mit Rath und That zur Seite zu stehen und der Agitationskommission periodisch Bericht über ihre Thätigkeit zu erstatten, sowie die ihnen übertragenen Arbeiten auszuführen.

Neber den Punkt Lohnbewegungen referierte Dietrich-Berlin. Der Redner gab zunächst einen Ueberblick über den Verlauf und über die hierbei befolgte Taktik der Lohnkämpfe in den verfloffenen Jahren. Er wies sodann nach, daß bei Arbeitsniederlegungen sehr vorsichtig zu Werke gegangen werden muß, daß Streiks erst dann in Angriff genommen werden sollen, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führten und auch erst nur, wenn die in Betracht kommenden Verhältnisse genau geprüft und einen sicheren Erfolg erwarten lassen. Nach den Ausföhungen Silberschmidt's ist infolge des lauen Winters eine gute Frühjahrskonjunktur nicht zu erwarten, zumal auch theilweise Mangel an Steinen und sonstigem Material vorhanden ist. Vorsicht sei aber auch deshalb zu üben, weil die Unternehmer in ihrem Interesse den Versuch machen werden, durch Provokation die Arbeiter in den Streik zu treiben. Angriffstreiks werden nicht in jeder erheblicher Zahl in der Provinz vorkommen, weil Aussicht vorhanden ist, daß durch Verhandlungen in verschiedenen Orten die Forderungen der Arbeiter erledigt werden.

Hierauf referierte Bömelburg über die Bedeutung des am 19. März stattfindenden Bauarbeiter-Kongresses. Nach einer kurzen Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Delegierten verpflichten, für die zahlreiche Beschädigung des Kongresses Sorge zu tragen und im Weiteren dahin zu wirken, daß von den örtlichen Behörden geeignete Vorkehrungen erlassen werden.

Als Sitz der Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg wurde wieder Berlin bestimmt. Als Mitglieder der Kommission wurden Frisch, W. Schulz, Charlottenburg, Riele, Silberschmidt, Fr. Schulz, Waganz und Dietrich einstimmig gewählt. Als Revisoren wurden Schönborn, Charlottenburg und S. Wehrndt-Wilmersdorf wieder ernannt.

Hiermit war die Tagesordnung erledigt und schloß der Vorsitzende die Konferenz mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung und den Verband der deutschen Maurer.

Eine öffentliche Steinmetzen-Versammlung tagte am 12. Febr. im Englischen Garten. Der Vertrauensmann gab den Anwesenden einen übersichtlichen, im einzelnen ausgeführten Bericht vom verfloffenen Vierteljahre. Es stellte sich die Gesamteinnahme auf 3775,40 M., die Ausgabe auf 1465,90 M., so daß ein Bestand von 2309,50 M. zu verzeichnen ist. Nach einigen speziellen Erläuterungen über das Eingehen der Gelder auf den Verhältnissen wurde dem Kassierer sowie Vertrauensmann Decharge erteilt. — Es erfolgte demnach der Bericht des Ortsstatistikers, nach welchem zu urtheilen die Lage für die Berliner Steinmetzen keine rosige zu nennen ist. Die Verhältnisse wurden sich dahin einig, mit dem gesammelten statistischen Material und den gemachten Erfahrungen zum Satze des mörderischen Verus mit geeigneten Vorschlägen bei der zuständigen Behörde (Gewerbe-Inspektor) vorzulegen zu werden. Zu diesem Zwecke wurden zwei Kollegen gewählt, auch soll von jetzt ab in jedem Organisationsbuche mittels Stempel vermerkt werden, ob Betreffender seine Statistik abgegeben hat. Es erfolgte hierauf die Wahl des Ortsstatistikers, mit welchem Amt G. S. u. n. e. r. t. betraut wurde. In Verschiedenem wurde zu der im März stattfindenden Bauarbeiter-Konferenz Kollege D. S. m. i. d. t. gewählt. Auch gedachte man der vom Drebröcker Schwurgericht verurtheilten und der Familien, mit dem Hinweis, daß ein jeder Steinmetz sein Scherflein beitragen soll. Den Krefelder Webern wurde eine dritte Rate von 100 M. überwiesen.

Der deutsche Metallarbeiter-Verband hielt am Sonntag bei Marten seine ordentliche Generalversammlung unter äußerst zahlreicher Theilnahme der Mitglieder ab. Nach Vornahme einer Wahl erstattete P. a. h. o. l. d. den Kassierbericht für das letzte Quartal des verfloffenen Jahres. Ende September war danach ein Bestand von 78164,97 M. vorhanden. Eingekommen wurden im Oktober 10135,80 M., im November 9861,60 M. und im Dezember 9208,70 M., während die Ausgaben im Oktober 13500,61 M., im November 2702,79 M. und im Dezember 10989,51 M. betragen. Ende Dezember verblieb ein Bestand von 80177,86 M. An den Hauptvorstand wurden abgeliefert am 31. Oktober 10716 M. und am 27. Dezember 9000 M.

Auf Antrag der Revisoren ertheilte die Versammlung dem Kassier Decharge. Der Jahresbericht der Berliner Verwaltungsstelle lag der Versammlung gedruckt vor. Daraus ist folgendes zu entnehmen: Im verfloffenen Jahre hatte der Verband mehrfach anzukämpfen gegen das Bestreben der Unternehmer, die neuerrichtete Arbeit in eine zehnjährige unzuverlässige zu verwandeln. Es gelang, den Angriff der Unternehmer zurückzuschlagen, bis auf einen Fall, wo der Verband nach vergeblichen Verhandlungen keine weiteren Schritte that, weil von den betroffenen Arbeitern nur drei organisiert waren. Andere Differenzen kamen vielfach vor. In einer großen Anzahl von Fällen gelang es der Vermittlung des Verbandes, die Streitigkeiten zu Gunsten der Kollegen zu erledigen. In S. i. n. n. a. h. m. e. n. hatte die Verwaltungsstelle Berlin im Jahre 1898 zu verzeichnen 147 317,49 M. Darunter befindet sich der Bestand vom 31. Dezember 1897 in Höhe von 37475,19 M. Nach Abzug der Ausgaben verblieben am 31. Dezember 1898 als Bestand 80177,86 M. An die Hauptkassie abgeliefert wurden im Laufe des Jahres 87 602,43 M., für Provinzialagitation wurden ausgegeben 3474,10 M., für Unterjüngung bei Streiks und Maßregelungen 2148 M. und an Reizegeld 1141,45 M. — Die Verwaltungsstelle hatte am 31. Dezember 1898 einen Mitgliederbestand von 13 651, was gegen das Vorjahr einen Zuwachs von 3000 bedeutet. Die Zahl der Neuaufnahmen war jedoch bedeutend höher. — Die Versammlung hatte einige Neuwahlen für die Ortsverwaltung vorzunehmen. Es wurden wiedergewählt zum 1. Bevollmächtigten R. ä. t. h. e. r., zum 1. Schriftführer S. a. l. d. i. k., zu Neufloren A. m. a. und Freitahler. Darauf nahm man zur Feier des ersten Mai Stellung. R. ä. t. h. e. r. verwies mit wenigen Worten auf die Bedeutung der Feier, worauf die Versammlung ohne Debatte folgendem Vorschlag ihre Zustimmung erteilte: Die Kollegen haben in allen Werkstätten und Betrieben, wo Zweibrüder der darin Beschäftigten vollberechtigte Mitglieder einer Organisation sind, in geheimer Abstimmung zu entscheiden, ob sie den 1. Mai durch Arbeiterruhe feiern wollen. Ist die Majorität dafür, so wird von der Minorität der Arbeiter der fraglichen Betriebe erwartet, daß sie ebenfalls nach dem Beschlusse handeln. Für die so Feiern den teilt der Verband mit seiner materiellen Hilfe ein. Die übliche Versammlung wird im Feenpalast Mittags 10 Uhr stattfinden. Nachdem man noch der Eisenkommission wegen der Vermehrung ihrer Arbeitskraft eine Entschädigung von 1 pCt. ihrer Einnahmen zugestimmt hatte, wurden die 27 Delegierten für die Generalversammlung des Gesamtverbandes bekannt gegeben. Es sind die Bevollmächtigten der Arbeitslosen-Unterjüngung gewählt worden.

Die Bauarbeiter nahmen am 12. d. M. in ihrer Versammlung den Bericht über die Jahresrechnung entgegen. Danach wurden in der Lokalkasse 201,15 M. vereinnahmt und 180,90 M. verausgabt. Zum Kassierer wählte die Versammlung das Mitglied S. e. i. f. e. r. t. Sodann wurde der Beschluß gefas, daß die Mitglieder, die sich auf dem Arbeitsnachweis nicht abmelden, wenn sie anderweitig Arbeit bekommen, künstlich 50 Pf. Strafe zu zahlen haben. Den Krefelder Webern und den in Dresden verurtheilten Bauarbeitern wurden je 80 M. bewilligt.

Deutscher Eisenarbeiter-Bund. Mitgliedschaft Berlin. Heute Abend 8 Uhr im Restaurant Riegel, Stralauerstr. 57: Mitglieder-Versammlung und Vorstandswahl.

Gold-Vereinigung. Heute Abend 8 1/2 Uhr in Cohn's Lokal, Dönhofstr. 20: Vortrag von Joh. Guntzeit: „Goldarbeiter oder Beschäftigten-Verband?“. —

